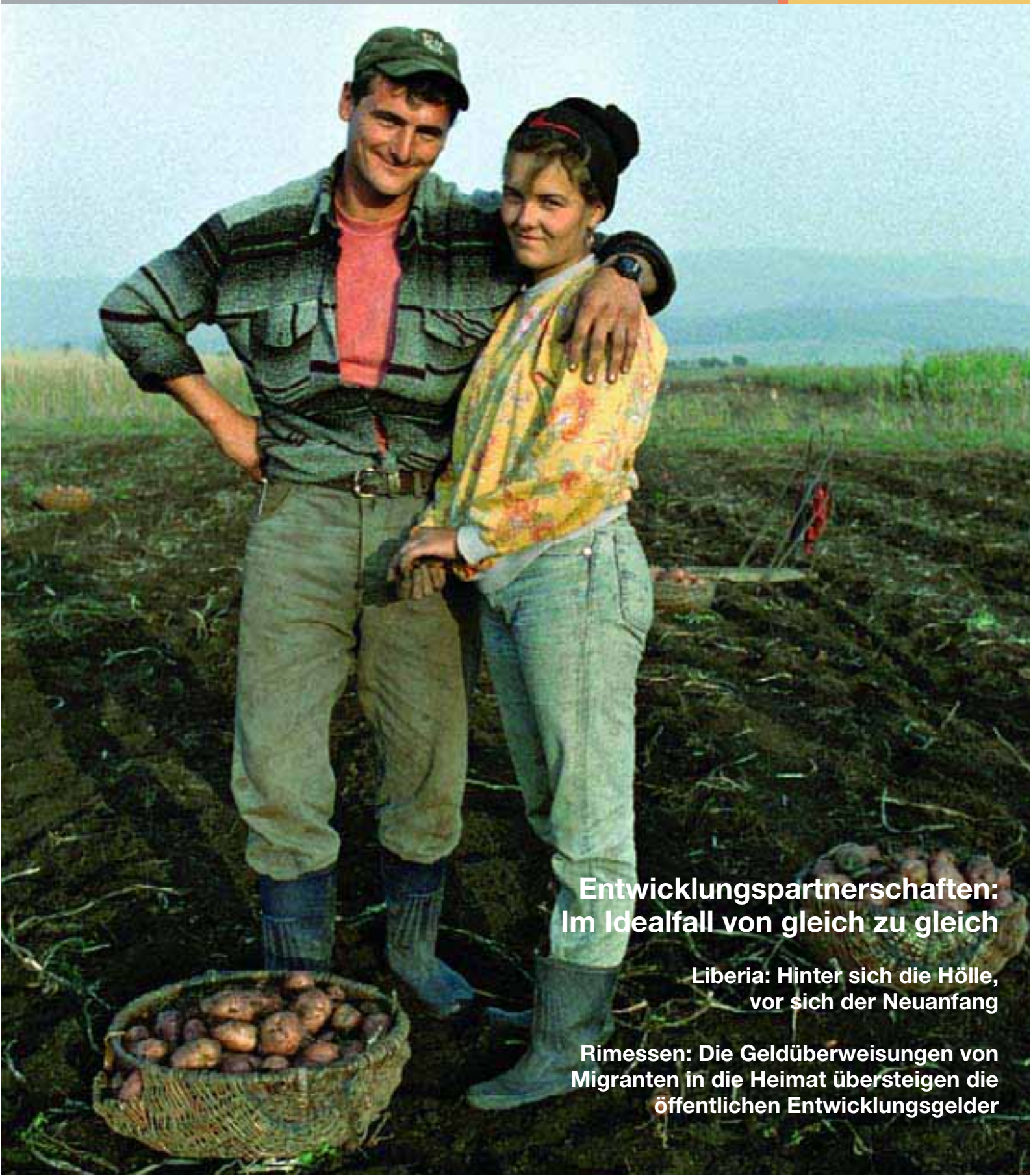


Un seul monde Un solo mondo **Eine Welt**

NR. 3
SEPTEMBER 2006
DAS DEZA-MAGAZIN
FÜR ENTWICKLUNG
UND ZUSAMMENARBEIT

www.deza.admin.ch



**Entwicklungspartnerschaften:
Im Idealfall von gleich zu gleich**

**Liberia: Hinter sich die Hölle,
vor sich der Neuanfang**

**Rimessen: Die Geldüberweisungen von
Migranten in die Heimat übersteigen die
öffentlichen Entwicklungsgelder**

DOSSIER



ENTWICKLUNGSPARTNERSCHAFTEN

Im Idealfall von gleich zu gleich

Der paternalistische Ansatz von einst hat einem neuen Selbstverständnis Platz gemacht, in dem Geber und Hilfeempfänger gleichwertige Partner sind

6

«Wie ein Elefant im Porzellanladen...»

Pietro Veglio, Schweizer Exekutivdirektor bei der Weltbank, im Interview

12

Eine Beziehung, die Autonomie fördert

Im Mali wurden mit Schweizer Unterstützung zahlreiche Partnerschaften gegründet, um menschliche und institutionelle Ressourcen auf regionaler Ebene zu stärken

14

Sieben Probleme haben wir bereits gelöst

Die DEZA-Programme in Bangladesch stellen die Hilfe zur Selbsthilfe in den Mittelpunkt

24

FORUM



Hilfe für die Daheimgebliebenen

Die wichtigsten Geldgeber für die Armutsbekämpfung in Entwicklungsländern sind Angehörige der Betroffenen, die im Ausland leben

26

Von Krisen und Visen

Der ukrainische Schriftsteller Juri Andruchowitsch über das seltsame Verhältnis zwischen Europa und der Ukraine

29

HORIZONTE



Das «Land der Freiheit» hat die Hölle hinter sich

Nachdem Liberia einen der grausamsten Kriege Afrikas erlebt hat, startet es einen hoffnungsvollen Neuanfang

16

Gewalt als Problemlösung?

Vivian Gartayn über den Umgang mit Gewalt in ihrer Heimat

20

DEZA

Migration braucht Dialog

DEZA-Direktor Walter Fust über Migration und Entwicklung

21

Bio-Baumwolle als Alternative

Die Schweiz fördert in Kirgisistan den Anbau von Bio-Baumwolle

22

KULTUR



Revolution, Identität, Autonomie – Afrikas Tanz im Umbruch

Im afrikanischen choreografischen Schaffen spielt sich zurzeit Entscheidendes ab

30

Editorial	3
Periskop	4
Einblick DEZA	25
Was eigentlich ist... Transition?	25
Service	33
Impressum	35

Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA), die Agentur der internationalen Zusammenarbeit im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), ist Herausgeberin von «Eine Welt». Die Zeitschrift ist aber keine offizielle Publikation im engeren Sinn; in ihr sollen auch andere Meinungen zu Wort kommen; deshalb geben nicht alle Beiträge unbedingt den Standpunkt der DEZA und der Bundesbehörden wieder.



Grenzerfahrungen

«Es stimmt ja – warum zum Teufel sollte der Ukrainer Andruchowytsch den Polen Stasiuk mit einem kostenfreien Visum besuchen? Nein, er muss unbedingt bezahlen und dabei noch seine Fingerabdrücke abgeben, wie es sich gehört für einen, dem es zugefallen ist, unter lauter Prostituierten und Kriminellen geboren zu werden.»

Diese Zeilen finden Sie, liebe Leserin, lieber Leser, auf S. 29 dieses Heftes. Geschrieben hat sie unser diesjähriger Gastkolumnist, der ukrainische Schriftsteller Juri Andruchowytsch. Seine *Carte blanche* hat es in sich. Sie erinnert uns Schweizerinnen und Schweizer daran, dass Europa für andere Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger etwas grundlegend Anderes darstellt als für uns. Dieser Blickwechsel regt an nachzudenken. Wer sind wir, wie stehen wir zu Europa und zur Solidarität mit den Benachteiligten dieser Welt? Woher soll die Schweiz eine Milliarde Franken nehmen und nicht stehlen, um die Integration der neuen EU-Länder zu unterstützen? Unsere Finanzsituation ist alarmierend, wir schnüren Sparpaket nach Sparpaket, weil wir die Zukunft unserer Kinder nicht mit übermässigen Schulden belasten wollen. Woher also diese Milliarde Franken nehmen? Das sind schwer zu entscheidende Fragen, ein Abwägen ist schwierig und doch notwendig.

Liberia, ein Land, das durch Bürgerkrieg und Terror ins Nichts zurückgeschossen wurde, hat eine Hoff-

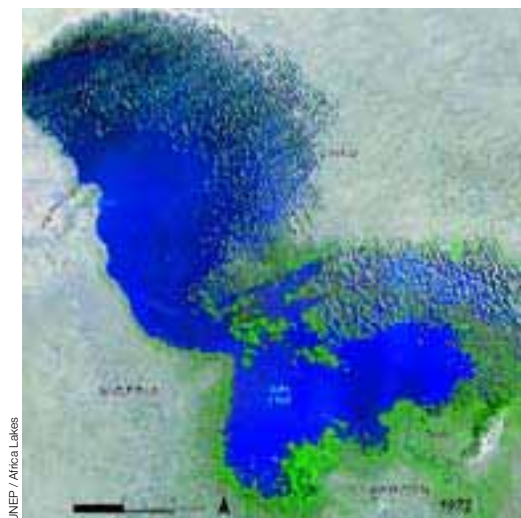
nungsträgerin. Seine neu gewählte Präsidentin, Ellen Johnson-Sirleaf, besuchte im März dieses Jahres die Schweiz und traf sich unter anderem mit Bundespräsident Leuenberger und Bundesrätin Calmy-Rey. Gemeinsam wurde der Entschluss gefällt, dass der DEZA-Direktor Walter Fust sich auf Mission nach Liberia begibt und vor Ort mit seinen Fachleuten der Humanitären Hilfe und lokalen Partnern abklärt, wie die Schweiz Liberia kurzfristig verstärkt beistehen kann. Das Resultat liegt bereits vor: Die Schweiz wird Liberia neben den zu Beginn des Jahres budgetierten 4,9 Millionen Franken, weitere drei Millionen Franken für bilaterale Programme in den Bereichen Gesundheitswesen, Strasseninfrastruktur, Bildung und Gouvernanz zukommen lassen. Lesen Sie auf S. 16 das Länderporträt zu Liberia.

Die Lektüre dieser beiden Artikel ist eine Grenzerfahrung – im positiven Sinn. Denn nur wer es schafft, über die eigenen Ränder hinauszuschauen, weitet seinen Horizont, lässt sich auf Neues ein, öffnet sich anderen gegenüber. Grenzerfahrungen gehören auch zum täglichen Brot des Dossier-Themas Partnerschaften, ein Thema, welches im Übrigen auch an den Titel dieses Magazins erinnert: Eine Welt.

Anregende Lektüre wünscht Ihnen

Harry Sivec

Chef Medien und Kommunikation DEZA



Sterbende Seen

(bf) Afrika verfügt in seinen 680 Seen über mehr Süßwasser als jeder andere Kontinent. Doch lange können sich die Afrikanerinnen und Afrikaner daran nicht mehr erfreuen, denn die Seen trocknen rapide aus. Der Tschad-See zum Beispiel war 1963 noch 22902 Quadratkilometer gross. Bis heute schrumpfte der See durch Dürren und den Wasserbedarf der Bauern auf gerade mal 304 Quadratkilometer – ein Fünfundsiebzigstel seiner einstigen Fläche. Der Spiegel des Viktoriasees ist in den letzten zehn Jahren um einen Meter gefallen. Das zweitgrösste Trinkwasserreservoir der Erde versorgt über 30 Millionen Menschen. Ein neuer Atlas des UN-Umweltprogramms (UNEP) zeigt das Seensterben anhand von Satellitenbildern. «Er ist eine Warnung», sagt Ex-UNEP-Chef Klaus Töpfer, «dass wir Afrikas Seen nachhaltig bewirtschaften müssen, wenn wir die Armut überwinden wollen.»

Bald weder Bananen noch Mais?

(gn) Bananen sind, nach Reis, Getreide und Milch weltweit das viertwichtigste Nahrungsmittel. Ursprünglich stammt die Banane aus Südostasien, wo sie

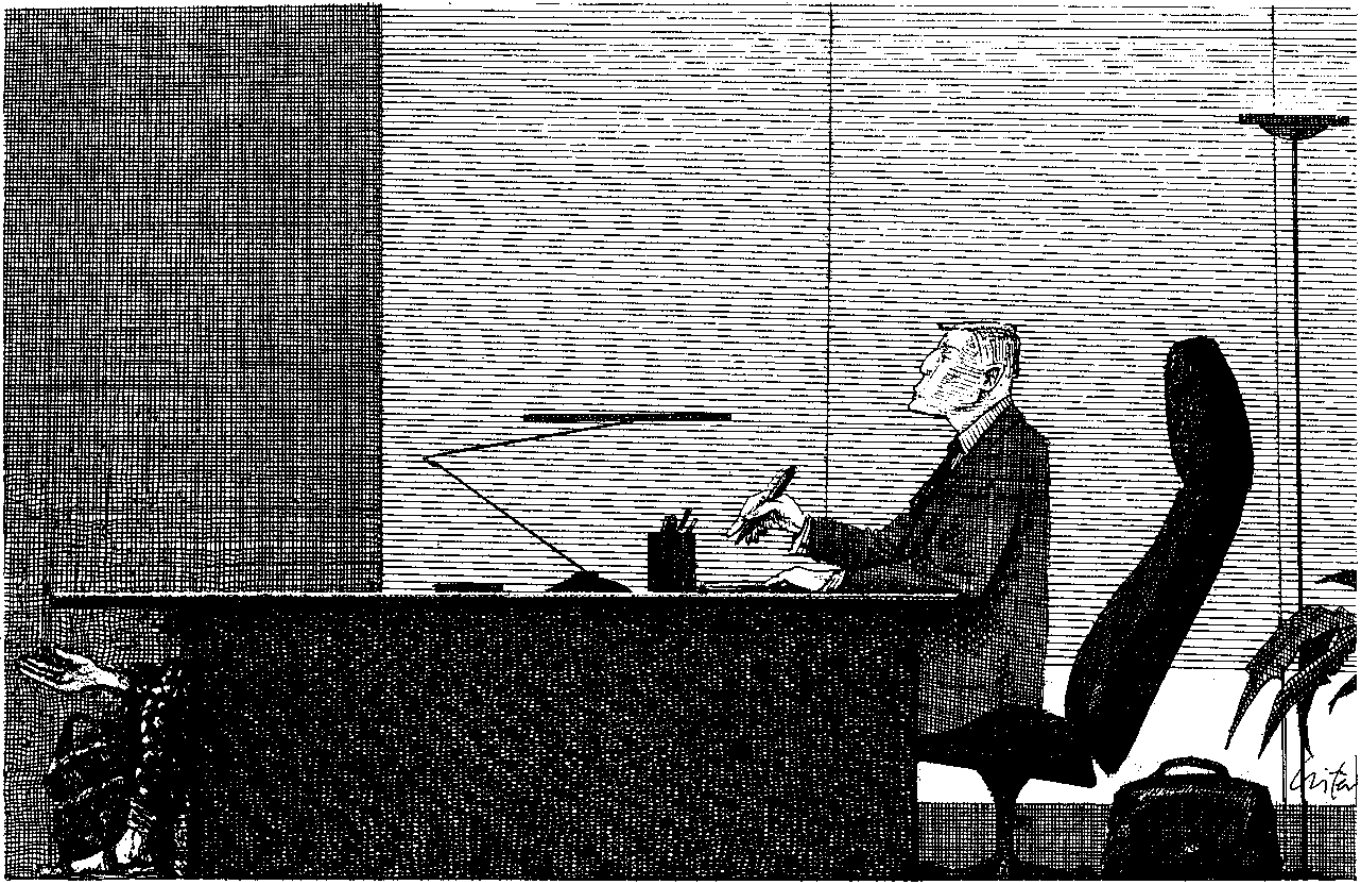
seit Tausenden von Jahren kultiviert wird. Nun droht ihr aber das Aussterben: Die Pilzkrankheit «Black Sigatoka» vernichtet ganze Plantagen und ist weltweit auf dem Vormarsch. Da Bananen meist als Monokulturen gezogen werden und sich nur als Klon vermehren, ist die Bandbreite ihres Erbguts sehr schmal. Die meisten heute handelsüblichen Früchte stammen aus der gleichen Familie. Wilde oder traditionelle Sorten, die gegen die Pilzkrankheit resistent sind, gibt es kaum mehr. «Viele der Gene, welche die Banane retten könnte, sind verloren», befürchtet NeBambi Litaladio von der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO). Ähnliche Probleme zeichnen sich beim Mais ab. Dieses hoch gezüchtete

Getreide braucht immer wieder neue Einkreuzungen, damit die Ernten produktiv bleiben. Obschon auf Genbanken weltweit über 250000 verschiedene Maissorten aufbewahrt werden, droht eine genetische Verarmung: Forscher stellten fest, dass infolge schlechter Lagerung mehr als die Hälfte dieser für die Zucht wichtigen Vorräte unbrauchbar geworden ist.

Entwicklungsland Schweiz

(bf) Die Schweiz liegt mit einem Frauenanteil von 25 Prozent im Nationalrat auf Rang 29 der «Frauen im Parlament»-Länderliste der Interparlamentarischen Union. Die Liste berücksichtigt 187 nationale Parlamente und wird von Ruanda angeführt, wo der Frauenanteil – wegen einer ge-





Partnerschaft

setzlichen Quote – 48,8 Prozent erreicht. Es folgen die skandinavischen Länder mit einem 40 Prozent-Schnitt. Mehr als einen Drittel Frauen weisen unter anderem die Parlamente Kubas, Spaniens, Mosambiks, Niederlande und Österreichs auf. Deutschland steht mit 31,8 Prozent auf Rang 16. Die Schweiz hat, trotz wachsendem Frauenanteil, in den letzten Jahren Ränge eingebüsst. 2004 war sie auf Platz 22, 1999 mit 22,5 Prozent Frauen im Nationalrat auf Platz 14. Sie wurde von mehreren Entwicklungsländern überholt – so von Burundi (30,5 Prozent) oder Afghanistan, Vietnam und Namibia (je rund 27 Prozent).

Gesteigert und geschont

(bf) In der grössten Studie ihrer Art haben Forscher vier Jahre lang 286 Ökolandbau-Projekte in 57 der weltweit ärmsten

Länder beobachtet. Ergebnis: Durch Fruchtwechsel und biologische Methoden konnten die Bauern ihre Erträge im Schnitt um 79 Prozent steigern, ohne zukünftige Ernten zu gefährden. Statt Pestizide dienten Insekten, Vögel und Raubtiere zur Schädlingsbekämpfung. Mehr Humus im Boden liess diesen mehr Wasser speichern, so dass seltener bewässert werden musste. «Es ist unsicher, ob diese Art Ackerbau angesichts des Bevölkerungswachstums auch in Zukunft genug Nahrung für alle hergeben wird», sagt Studienleiter Jules Pretty von der University of Essex in England, «aber ihre Verbreitung würde auf jeden Fall die Produktivität steigern und die Umwelt schonen.» Er hofft deshalb, dass die Studie Regierungen und Umweltorganisationen dazu animiert, die Land-Bewirtschaftung zu verbessern.



Hamish Wilson / Panos / Stratos

Kamel-Schokolade

(bf) Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UNO (FAO) sucht Investoren für einen zukunftssträchtigen Markt von rund 15 Milliarden Franken. Das Geld soll nomadisierenden Hirten nicht nur viel Vitamin C sondern auch Einkommen bringen. Das Produkt? Kamelmilch! Die FAO ist überzeugt, dass durch gezielte Land-

wirtschaft und tierärztliche Betreuung sich die Tagesmenge pro Kamel von 5 auf 20 Litern erhöhen lässt. Für frische Kamelmilch wird auf Afrikas Märkten rund 1,50 Franken bezahlt und mit geschätzten 200 Millionen potenziellen Kunden allein in den arabischen Ländern könnte sich das Geschäft durchaus lohnen. Kamelmilch ist fettarm, salziger als Kuhmilch, besitzt über dreimal mehr Vitamin C, lindert Allergien und wird für Luxusprodukte verwendet: Mit Geld der Königsfamilie von Abu Dhabi lanciert der Wiener Chocolatier Johann Georg Hochleitner diesen Herbst eine fettarme Schokolade. Das Milchpulver importiert er aus Al Ain in den Arabischen Emiraten, verarbeitet es in Österreich zu Schokolade und schiffte diese wieder an den Persischen Golf zurück – 50 Tonnen pro Monat.



Partner einst (oben) und heute: Sowohl das Selbstverständnis als auch der Umgang mit den Partnern hat sich seit den Anfängen der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit radikal verändert

Im Idealfall von gleich zu gleich

In den letzten 50 Jahren haben sich die Partnerschaften der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit kontinuierlich gewandelt. Der paternalistische Ansatz aus den Anfängen hat einem neuen Selbstverständnis Platz gemacht, in dem Geber und Hilfeempfänger gleichwertige Partner sind. Dies aus der Einsicht, dass die Partner das Steuer wohl besser selbst in die Hand nehmen und eigene Strategien entwickeln, um die Armut in ihren Ländern zu lindern. Von Maria Roselli.

Der Ernst der Ausgangslage ist bekannt: Rund ein Fünftel der Menschheit lebt in extremer Armut, mit weniger als einem Dollar pro Tag. Die Millennium-Entwicklungsziele fordern eine markante Verbesserung dieser Situation für mindestens die Hälfte der Betroffenen bis im Jahr 2015. Dieses ambitionöse Ziel ist aber nur dann erreichbar, wenn Regierungen, Entwicklungsinstitutionen, Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft in den Industrienationen sowie in den Entwicklungs- und Transitionsländern ihre Kräfte bündeln und gemeinsam als Partner neue Wege beschreiten.

Vom «unterentwickelten Kleinbauern» zum gleichwertigen Partner

Jährlich fliessen weltweit rund 70 Milliarden Dollar in die Entwicklungszusammenarbeit. Der Beitrag der Schweiz beläuft sich auf zirka 1,5 Milliarden Franken. Beachtliche Beträge, die allein aber keine Gewähr für eine nachhaltige Verbesserung der Lebensumstände der Ärmsten der Welt sind. Vor diesem Hintergrund kommt den Partnerschaften in der Entwicklungszusammenarbeit eine immer bedeutendere Rolle zu. Denn der Erfolg der Entwicklungsagenturen misst sich letztlich am Erfolg der Partner aus den Geberländern, aber vor allem auch der Partner im Süden und Osten der Welt, seien dies Regierungen sowie Nichtregierungsorganisationen, öffentliche und private Institutionen aber auch Forschungsanstalten und private Unternehmen. Eine besonders wichtige Rolle in der Schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit spielen die Hilfswerke, das weltweit verbreitete Netz von Nichtregierungsorganisationen (NGOs), das UNO-System und die internationalen Finanzinstitutionen. Seit den Anfängen der Schweizer Entwicklungs-

zusammenarbeit in den 1960er Jahren haben sich das Selbstverständnis und der Umgang mit den Partnerorganisationen radikal verändert. «Das Bild des muskulösen weissen Käfers, der dem nepalesischen Kleinbauern zeigt, wie man die Milch im Käsekessi rührt, hat den Anfang der Entwicklungszusammenarbeit geprägt. Eine gut gemeinte und in ihrer Direktheit sehr wirksame Hilfe, doch rückblickend auch etwas paternalistisch», erklärt Adrian Schläpfer, Vizedirektor der DEZA und Leiter des Bereichs Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit.

In den 1970er Jahren habe sich ein ähnlicher Paternalismus dann auf der Makroebene gezeigt. Das war die Zeit des so genannten «Washington Konsens» als einheitliche Strukturanpassungsprogramme den Entwicklungsländern als Rezept zur Wirtschaftsstabilisierung verkauft wurden. Die Einsicht, dass die Entwicklungshilfe «von gleich zu gleich» stattfinden müsse, das heisst unter gleichwertigen Partnern, ist in den 1980er Jahren gereift, als die Arbeit der DEZA viel konsequenter auf Partizipation ausgerichtet wurde. Dies aus der Erkenntnis, dass Hilfe von aussen nur dann nachhaltig ist, wenn die Hilfeempfänger eigene Verantwortung tragen und ihrem politischen und ökonomischen Umfeld Beachtung gegeben wird.

Globalisierung verändert den Begriff der Partnerschaften

Doch mit dem partizipativen Ansatz allein ist es heute nicht getan. Vor dem Hintergrund der Globalisierung kommt den Partnerschaften eine neue Bedeutung zu. Natürlich ist der Gedanke der Solidarität als entwicklungspolitischer Grundwert nach wie vor wichtig, doch aufgrund der nun mehr globalen Herausforderungen wie Klimaver-

Kriterien einer guten Partnerschaft

«Damit eine Partnerschaft funktionieren kann, müssen verschiedene Kriterien gegeben sein. Wichtig sind insbesondere das gegenseitige Vertrauen, eine Konvergenz der Werte, Offenheit und Transparenz. Zudem soll von Anfang an das Ende der Partnerschaft thematisiert werden, damit der Partner genau weiss, dass die Unterstützung der DEZA nur für eine begrenzte Zeit gelten kann. Ein Projekt ist erst dann erfolgreich, wenn der externe Impuls und die externen Ressourcen nicht mehr gebraucht werden. Eine gute Partnerschaft darf deshalb keine Abhängigkeiten schaffen.»

Adrian Schläpfer,
Vizedirektor DEZA, Leiter
Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit



Entwicklungspartnerschaften werden auf allen relevanten Ebenen eingegangen...

änderung, Pandemien wie Aids oder Finanzmarktstabilität wird das Verständnis der Partnerschaften verändert. In anderen Worten: Die Entwicklungspolitik muss in der globalisierten Welt vermehrt den gemeinsamen Problemfeldern der Entwicklungsländer sowie der Industrienationen Rechnung tragen.

Walter Hofer, stellvertretender Leiter Entwicklungspolitik und Multilaterale Zusammenarbeit der DEZA, ist überzeugt: «Aussenpolitik und Entwicklungspolitik müssen sich zur Vorsorgepolitik eines Landes wandeln, damit dieses überhaupt noch überlebensfähig bleibt. Heute muss ein Land mehr denn je erkennen, dass die Lösung globaler Probleme nicht alleine angegangen werden kann. Dies gilt auch für die Schweiz.» Eine gute Partnerschaft messe sich deshalb nicht mehr einfach am Erfolg eines einzelnen Projektes, sondern daran, ob sie einen Beitrag zur Lösung globaler oder zumindest regionaler Probleme leiste. Gerade deshalb komme heute bei der Wahl der Partner vor allem auch ihrer Einflussmöglichkeit auf das System eine grosse Bedeutung zu.

Das Steuer in der Hand der Partner

Dieser neue Modus operandi der Entwicklungszusammenarbeit ist international anerkannt und ist bereits 2002 im Rahmen der Entwicklungspartnerschaft von Monterrey und dann erneut 2005 in der so genannten Deklaration von Paris konkretisiert worden. Durch eine bessere Koordination al-

ler Geber, sowohl auf bilateraler wie auf multilateraler Ebene, und die gemeinsame Ausrichtung der vorhandenen Ressourcen soll die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit erhöht werden. Grundüberlegung ist, dass jedes Entwicklungsland zunächst autonom seine eigene Strategie ausarbeitet, wie die Armut im Land reduziert werden kann und nach welchen Prioritäten gehandelt werden soll. Die Programme der Geber sollen sich dann auf diese formulierten Bedürfnisse und Prioritäten ausrichten. Zudem sollen die Praktiken vereinfacht, Doppelspurigkeiten vermieden und durch diese Harmonisierung die administrativen Kosten gesenkt werden. Diese Vorgehensweise ist in der Fachwelt als «Harmonisierung und Ausrichtung» bekannt und stösst bei den Partnern in den Entwicklungsländern auf grosses Interesse. Partnerregierungen sowie NGOs vor Ort schätzen diese Vorgehensweise, da ihnen viele bürokratische Arbeit mit den einzelnen Geberorganisationen erspart bleibt und sie durch ihre Strategiepapiere das Steuer in der Hand haben.

Doch auch Kritik wird laut, denn die Geberländer lassen gleichzeitig zunehmend Entwicklungsgelder direkt in die Staatsbudgets fliessen statt Projekte zu finanzieren. Peter Niggli, Geschäftsleiter von Alliancesud, warnt denn auch vor einem exzessiven Gebrauch der Budgethilfe: «Erstens sind die Entwicklungsländer bei der Formulierung ihrer Strategien zur Armutsbekämpfung nicht frei, sondern müssen weiterhin wirtschaftspolitische



...von Landwirtschaft über Industrie und Armutsbekämpfung bis hin zur Umweltverschmutzung

Bedingungen der Geberländer akzeptieren. Zweitens klagen Zivilgesellschaft und Parlamente in verschiedenen Entwicklungsländern, sie würden kaum konsultiert, wenn ihre Regierung die Strategien erarbeite und mit den Gebern über die Budgethilfe verhandle. Zudem zeigen die bisherigen Erfahrungen, dass die Mittel der Budgethilfe oft bei der Zentralregierung hängen bleiben.»

Walter Hofer hat Verständnis für diese Kritik, doch für ihn bedeutet die Harmonisierung der Hilfe weit mehr als bloße Budgethilfe. Im Vordergrund stehe vielmehr die Notwendigkeit, die so genannten Transaktionskosten der Entwicklungshilfe zu senken, das heisst jene Kosten, die entstehen, um die Entwicklungshilfe vom Geberland ins Empfängerland zu bringen. Doch auch für Hofer ist klar: «Obwohl die Schweiz dem Effizienz- und Partnerschaftsgedanke von Harmonisierung und Ausrichtung grundsätzlich zustimmt, ist sie keine Sklavin dieser Sache.»

Wenn Projekte und Budgethilfe sich ergänzen

In Mosambik, einem Schwerpunktland der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit, wird «Harmonisierung und Ausrichtung» bereits seit Jahren angewendet. Zu Beginn der 1990er Jahre haben sich verschiedene Geberländer zu einem Pool zusammengeschlossen, um gemeinsam das nationale Budget des Gesundheitssektors zu unterstützen. Die Idee, die dahinter steckt, ist bestechend: Was

nützt schon ein gut geführtes Spital in einem Staat, in dem das Gesundheitswesen diesen Namen nicht verdient? Das System rund um dieses Spital, nämlich die andern Spitäler und das Gesundheitswesen verändern sich aufgrund des einen funktionierenden Spitals noch lange nicht. Die Ausstrahlung auf das System ist deshalb enorm wichtig. Aus dieser Überzeugung hat die DEZA in Mosambik beim Zusammenschluss der Geberländer von Anfang an eine wichtige Rolle gespielt.

Mittlerweile haben sich 18 Geberländer zusammengetan und gewähren der Partnerregierung sowohl eine generelle wie eine sektorielle Budgethilfe für das Gesundheitswesen und sind daneben in verschiedenen Projekten mit diversen lokalen Partnern tätig. Während die generelle Budgethilfe vom Seco finanziert wird, kommt die DEZA für die sektorielle Hilfe sowie für die Finanzierung der Projekte auf.

Die DEZA unterstützt beispielsweise Projekte von «SolidarMed» und «Ärzte ohne Grenzen», die in Maputo und in Lichinga zusammen mit nationalen Spitälern im Bereich der Aids-Behandlung arbeiten. Diese Projekte wirken ergänzend zur Budgethilfe für den Gesundheitssektor, denn sie sollen längerfristig die Kapazitäten des nationalen Gesundheitswesens im Bereich der Aids-Behandlung stärken, sodass die medizinische Versorgung für Aids-Kranke vom Staat angeboten werden kann.

«Das ist ein gutes Beispiel dafür, wie lokale Projekte und die Budgethilfe für den Gesundheits-

Madagaskar: Fehlender Dialog

Es gibt Fälle, in denen Partnerschaften aufgrund des mangelnden Engagements aufgelöst werden müssen: 30 Jahre lang war Madagaskar ein Schwerpunktland der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit, doch 1998 musste sie abgebrochen werden. Die DEZA blieb zwar im Land, doch wollte sie nur noch mit Hilfswerken auf Schweizer Seite und Organisationen der Zivilgesellschaft auf madagassischer Seite arbeiten. «Wir hatten lange Geduld mit der Regierung, doch das Regime Didier Ratsirakas war korrupt und in der lokalen Oligarchie verankert», sagt Adrian Schläpfer. «Die Regierung führte einen völlig unglaublichen Diskurs bezüglich Armutsbekämpfung. Nach Jahren, in denen wir immer wieder versucht hatten, mit der Regierung einen verbindlichen entwicklungspolitischen Dialog zu finden, mussten wir feststellen, dass das nicht erwünscht und nicht möglich war. Der Ausstieg war unvermeidlich.»

Je nach Entwicklungsbe-
reich spannt die Schweizer
Entwicklungszusammen-
arbeit mit anderen Part-
nern zusammen: Von
schweizerischen Hilfs-
werken über lokalen
Nichtregierungsorganisa-
tionen bis hin zu Privat-
unternehmen, Ministe-
rien oder internationalen
Organisationen wie die
Weltbank

Rumänien: Sanfter Ausstieg aus einer Partnerschaft

Rumänien soll voraussicht-
lich 2007 der EU beitreten.
Das Transitionsland kämpft
jedoch noch immer mit
grossen Problemen. Die
Privatisierungen und Reor-
ganisation der Unterneh-
men führen weiterhin zu
Massenentlassungen.
Im Rahmen der Transition
müssen die Arbeitsgesetze
angepasst und im Sozial-
bereich neue Lösungen
gefunden werden. Seit
2000 führt das Schweizer-
ische Arbeiterhilfswerk
(SAH) auf Mandatsbasis
der DEZA ein Projekt zu
Arbeit und Gewerkschaf-
ten durch. Das SAH be-
treibt unter anderem in fünf
Städten zusammen mit lo-
kalen Partnern Arbeitsver-
mittlungszentren. Ende
2007 müssen diese
Partnerschaften aufgrund
des EU-Beitritts aufgege-
ben werden. Ziel des SAH
ist es nun, ihren Partnern
in dieser schwierigen
Situation beizustehen.
«Wir begannen bereits
2003 unseren Ausstieg mit
ihnen zu planen, damit sie
zum gegebenen Zeitpunkt
auf eigenen Beinen stehen
können. Wir helfen ihnen
nun bei der neuen Partner-
suche, damit sie ihre Arbeit
auch nach 2007 weiter-
führen können», sagt
Claude Nicolet, Programm-
beauftragter beim SAH.



Kennig / lat

sektor Hand in Hand arbeiten: Auf lokaler Ebene
versucht man, die aktuelle Notsituation zu lindern
und lokale Kapazitäten auszubilden und auf na-
tionaler Ebene soll gleichzeitig das Ministerium für
Gesundheit gestärkt werden, damit es allen Pflich-
ten nachkommen kann», erklärt Bures Hynek, Pro-
grammbeauftragter Mosambik der DEZA.

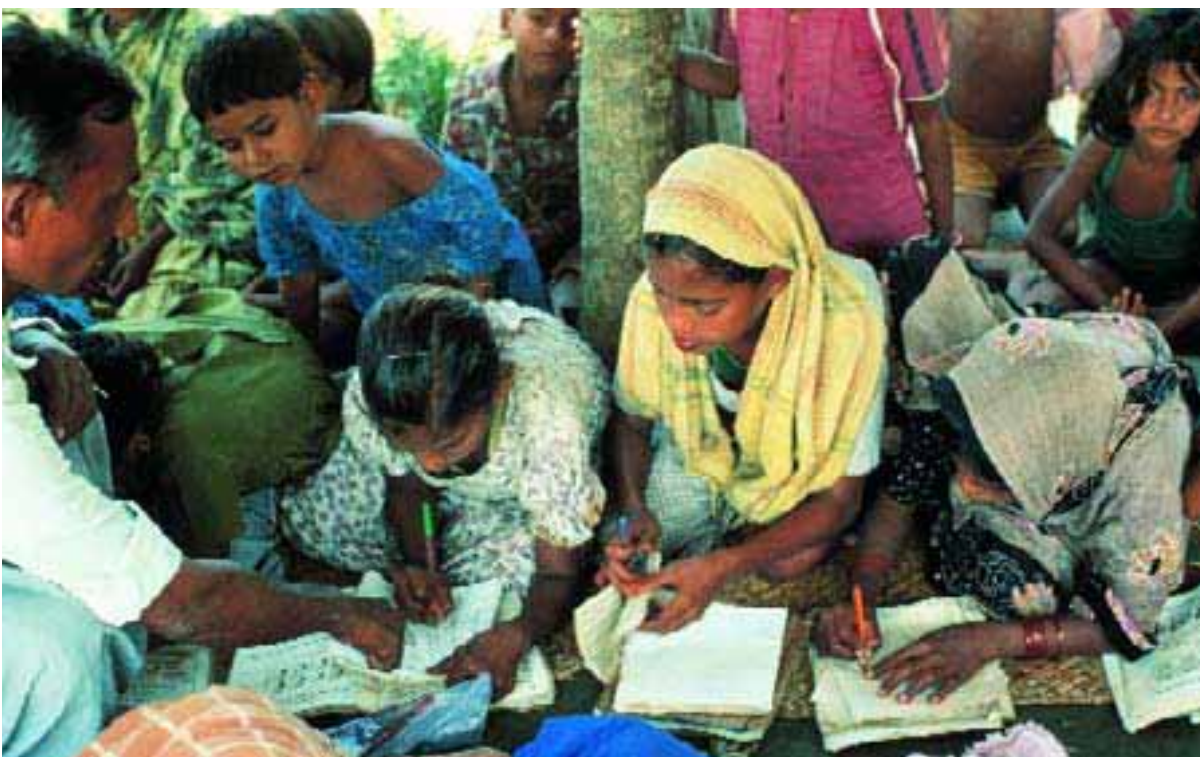
Kleine NGOs, mächtige Finanzinstitutionen

Doch wer sind die Partner der Schweizer Ent-
wicklungszusammenarbeit? Alle aufzuführen ist
ein Ding der Unmöglichkeit – die DEZA arbei-
tet mit Hunderten von Partnern zusammen, so-
wohl öffentlichen Institutionen, Nichtregierungs-
organisationen wie privaten Unternehmen, auf
schweizerischer Ebene wie in den Entwicklungs-
und Transitionsländern und natürlich auf interna-
tionaler Ebene. Egal ob Mitarbeiter aus Ministeri-
en oder Chefetagen der internationalen Finanz-

institutionen, ob Wissenschaftlerinnen aus For-
schungsanstalten oder Aktivistinnen einer NGO:
Sie alle sind Teil der Partnerschaften für die Ent-
wicklung.

In der Schweiz sind die Partnerschaften mit den
Hilfswerken wie Caritas, Heks, Brot für alle, Fas-
tenopfer, Terre des Hommes, Schweizerisches Ar-
beiterhilfswerk (SAH) und vielen anderen von be-
sonderer Bedeutung: Denn die schweizerische
Entwicklungshilfe hat bekanntlich mit der Arbeit
der Hilfswerke begonnen. Der Bund ist erst in den
1960er Jahren dazu gestossen. Helvetas ist eines der
ältesten Hilfswerke der Schweiz.

Die Zusammenarbeit ist so eng, dass beispielsweise
in Bhutan das ganze Programm der DEZA durch
Helvetas ausgeführt wird und sie auch die Vertre-
tung vor Ort wahrnimmt. «Die Partnerschaften mit
den NGO in der Schweiz sind für die DEZA
enorm wichtig, denn sie leisten mit ihrer Erfah-



Hand in Hand mit der Privatwirtschaft in Südafrika

Die Mittel der öffentlichen Zusammenarbeit sind beschränkt. Für eine nachhaltige Linderung der Armut sind auch privatwirtschaftliches Engagement und Ressourcen notwendig. Die DEZA und das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) haben deshalb in den letzten Jahren ihre Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft intensiviert. Ein Beispiel aus Südafrika zeigt, wie dies funktioniert: Jugendarbeitslosigkeit ist eines der grössten Probleme Südafrikas.

2001 lancierte die DEZA und zehn schweizerische Unternehmen die «Swiss-South African Cooperation Initiative» (SSACI). Der SSACI ist ein privater Investitionsfonds mit sozialen Zielen, der Programme von lokalen Organisationen zur Förderung der Bildung und der beruflichen Qualifizierung von jungen Südafrikanern finanziell unterstützt. An der Finanzierung beteiligen sich die DEZA und die schweizerischen Unternehmen (u.a. Holcim und Novartis) zu gleichen Teilen. Der Verwaltungsrat setzt sich zusammen aus Vertretern der DEZA, der Unternehmen sowie der lokalen zivilgesellschaftlichen Organisationen.



rung, ihrem Wissen und ihren Partnern im Süden einen bedeutenden Beitrag an die Umsetzung und Gestaltung der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit», sagt Konrad Specker, Leiter Sektion NGO der DEZA.

Wichtige Einflussnahme

Ebenso wichtig sind die intensive Vernetzung mit sämtlichen UNO-Organisationen, insbesondere mit dem Entwicklungsprogramm (UNDP), dem Kinderhilfswerk (UNICEF), dem Bevölkerungsfond (UNFPA) und natürlich die Partnerschaften mit den internationalen Finanzinstitutionen wie der Weltbank und dem Währungsfond.

Der Beitritt zur Weltbank (1992) sowie zur UNO (2002) waren in der Bevölkerung zwar umstritten, doch rückblickend von enormer Bedeutung für die Schweiz und ihre Entwicklungszusammenarbeit. «Die Weltbank ist sicherlich nicht das Allheilmit-

tel der Entwicklungsinstitutionen, doch der Einsitz ermöglicht uns die wichtigen Entscheidungen mitzubestimmen. Ähnlich ist es auch im Falle der UNO. Die aussenpolitische Situation hat sich für die Schweiz seit der Mitgliedschaft beeindruckend verändert. So konnten wir beispielsweise auf die Bildung des neuen Menschenrechtsrates Einfluss nehmen», erklärt Walter Hofer.

Die Ausgangslage für eine effektivere Entwicklungszusammenarbeit hat sich in der Tat in den letzten 50 Jahren kontinuierlich verbessert und dies hat auch bereits Erfolge gezeitigt: Lebte vor zwei Generationen noch die Hälfte der Menschheit in absoluter Armut, so sind es heute noch 20 Prozent. Der eingeschlagene Weg scheint der richtige, doch den Akteuren der Entwicklungszusammenarbeit bleibt noch viel zu tun. ■

«Wie ein Elefant im Porzellanladen...»

Die Harmonisierung und Ausrichtung der Praktiken und Politiken der Institutionen der internationalen Entwicklungshilfe ist heute wichtiger denn je. Insbesondere im Wissen darum, dass die Entwicklungszusammenarbeit allein nicht zu einer nachhaltigen Linderung der Armut ausreicht. Weshalb es so ist, erklärt Pietro Veglio, Schweizer Exekutivdirektor bei der Weltbank, im Gespräch mit Maria Roselli.



Pietro Veglio trat Ende 1969 in den Dienst für Technische Zusammenarbeit, die heutige DEZA, des EDA ein. In der Folge war er im In- und Ausland in verschiedenen leitenden Funktionen als Sektionschef und Koordinator tätig. Er bekleidete u.a. das Amt des Stellvertretenden Gouverneurs bei der Interamerikanischen Entwicklungsbank. 1992 bis 1997 arbeitete er als Berater des schweizerischen Exekutivdirektors bei der Weltbank in Washington und anschliessend als Experte in der Evaluationsabteilung der Weltbank. 1998 bis 2001 war er Direktor der Abteilung für Evaluation und Länderexamen bei der OECD/DAC. Seit 2002 ist Veglio Exekutivdirektor der Schweiz bei der Weltbank und Mitglied des Verwaltungsrates. Seit 2005 ist er zudem Vorsitzender des Committee on Development Effectiveness (CODE). Dieser Ausschuss nimmt eine Schlüsselstellung hinsichtlich der strategischen und operativen Ausrichtung der Weltbank ein.



Cordula Kopke / agenda

Eine Welt: Sie stehen seit 37 Jahren im Dienste der Entwicklungszusammenarbeit. Wie hat sich das Verständnis der Partnerschaften mit den Institutionen aus dem Süden gewandelt?

Pietro Veglio: Im Gegensatz zu damals wissen wir heute ganz genau, dass die Federführung den Entwicklungsländern selbst überlassen werden muss. Sie müssen selbst bestimmen, wie die wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklung in Gang gebracht werden soll. Dabei soll aber darauf geachtet werden, dass die Regierung die Federführung nicht alleine übernimmt – Zivilgesellschaft und Wirtschaft müssen genauso einbezogen werden.

Als die Schweiz den Bretton Woods-Institutionen beigetreten ist, herrschte hier bei einigen Akteuren eine gewisse Skepsis. Wie schätzen Sie diese Partnerschaft heute ein? Ich erinnere mich noch gut an die Abstimmung 1992. Damals kam von den Hilfswerken eine kri-

tische Zustimmung zum Beitritt. Sie verlangten von der Schweiz, dass sie die Politik der Weltbank zu Gunsten der Entwicklungsländer beeinflusse. Dank dem Einsitz ins Direktorium der Weltbank konnte die Schweiz dann auch tatsächlich eine solche Politik verfolgen. Wir sind stets darum bemüht, an den Grundprinzipien festzuhalten, ohne aber dogmatisch zu sein, sondern flexibel, damit auch auf die Situation der einzelnen Länder Rücksicht genommen werden kann. Persönlich setzte ich mich dafür ein, dass die internen Abläufe vereinfacht werden, damit gewisse von den Industrienationen der Weltbank auferlegten Politiken, nicht auf eine bürokratische Weise zu Lasten der Partner im Süden angewendet werden.

Sie sind auch Vorsitzender des Committee on Development Effectiveness (CODE) der Weltbank. Welche Herausforderungen kommen bezüglich Wirksamkeit auf die Partnerschaften zu?

Zuerst will ich betonen, dass es für die Schweiz eine

Ehre ist, dem CODE vorzusitzen. Das Komitee übt unter anderem auch darum eine wichtige Rolle aus, weil es ermöglicht, den bürokratischen Apparat der Weltbank effizienter und flexibler zu gestalten. So hat das Komitee bezüglich «Harmonisierung und Ausrichtung» die Weltbank angehalten, aktiv mit anderen Gebern und Institutionen zusammenzuarbeiten. Das ist umso wichtiger, wenn man bedenkt, dass sich die Weltbank mitunter wie ein Elefant im Porzellanladen aufführt. Auch auf der Ebene des Entwicklungshilfeausschuss (DAC) der OECD haben sich die bilateralen Geber dazu bereit erklärt, ihre Einsätze besser untereinander abzustimmen. Damit wollen sie verhindern, dass jeder sein eigenes Gärtchen pflegt. Probleme gibt es vor allem bei den Abläufen in der Verwaltung und im operativen Bereich. Denn natürlich muss sich jeder bilaterale Geber vor dem Parlament und der Verwaltung verantworten. Für manche Verwaltung ist es eine Herausforderung, wenn sie dem Steuerzahler nicht bis zum letzten Franken belegen kann, wofür die Entwicklungsgelder ausgegeben wurden, wie dies beispielsweise bei der Budgethilfe oft der Fall ist.

A propos Budgethilfe: Ist dies eine gute Wahl oder ist Vorsicht geboten?

Die Budgethilfe macht insbesondere im Rahmen einer Sektortpolitik Sinn, beispielsweise dann, wenn man einem Land ermöglichen will, kontinuierlich das Bildungs- oder Gesundheitswesen zu verbessern. Natürlich müssen gewisse Voraussetzungen gegeben sein. Doch auch die Finanzierung einzelner Projekte, wie beispielsweise für den Bau von Infrastrukturen, ist oft dringend nötig und macht durchaus Sinn. Diese zwei Finanzierungsmodelle wirken oft ergänzend.

Was ändert sich bei diesen zwei Modellen konkret für die Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die die Projekte umsetzen?

Bei der Budgethilfe erhalten die lokalen Organi-



Gerard & Margi Moss / Still Pictures

sationen das Geld direkt vom Staat und nicht von den ausländischen Agenturen, das ist der eigentliche Unterschied.

Wird die Zivilgesellschaft bei der Budgethilfe wirklich miteinbezogen?

Das kommt drauf an. Tatsächlich sind bei der Budgethilfe gewisse Regierungen manchmal weniger gewillt, NGOs einzusetzen. Bei der Finanzierung einzelner Projekte hingegen entscheidet der ausländische Geber selbst, welche NGO er unterstützen will. Doch auch in diesem Fall nehmen die ausländischen Geber natürlich Rücksicht auf den Willen der lokalen Regierung.

Die Schweiz ist weit davon entfernt, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) für die Entwicklungszusammenarbeit aufzuwenden. Sind unsere Partner im Süden die Leidtragenden dieser Politik?

Das Ziel, 0,7 Prozent des BNE für die Entwicklungszusammenarbeit aufzubringen, ist vor fast 40 Jahren festgelegt worden. Bis heute haben aber nur wenige Länder diese Vorgabe eingehalten. Es ist logisch, dass ich mir für die Schweiz einen höheren Beitrag wünschen würde. Doch klar ist auch, dass die Entwicklungszusammenarbeit alleine nicht ausreicht. Wichtig ist vor allem auch der Aussenhandel, insbesondere der Zugang der Entwicklungsländer zu den anderen Märkten. In diesem Sinne sind die Verhandlungen von Doha sehr wichtig. Doch auch die privaten Investitionen dürfen nicht vernachlässigt werden. Zu guter Letzt braucht es eine Kohärenz der Politiken der Industrienationen, zum Beispiel zwischen Entwicklungs- und Wirtschaftspolitik. Die Entwicklungsländer verlangen heute zudem von den Industrienationen die Agrarsubventionen und die Zölle abzuschaffen, das betrifft die Schweiz ganz persönlich. ■

(Aus dem Italienischen)



Jörg Böning / Still Pictures

Eine Beziehung, die Autonomie

Dezentralisation ist in Mali seit 1999 eine Realität. Die Schweiz unterstützt diesen Prozess, der lokalen Entwicklungen reelle Entwicklungsperspektiven verleiht. Sie hat zahlreiche Partnerschaften gegründet, um menschliche und institutionelle Ressourcen auf regionaler Ebene zu stärken. Manche ihrer Partner schauen nicht länger schweigend zu. Von Jane-Lise Schneeberger.

Territoriale Aufgliederung

In Mali wurde die zentralisierte Verwaltung aus der Kolonialära lange beibehalten. Als 1991 der Diktator Moussa Traoré gestürzt wurde, zählte das Land immer noch bloss 19 Gemeinden, allesamt Städte. Noch im selben Jahr wurde eine umfassende Staatsreform in die Wege geleitet. 1993 wurde das Dezentralisationsgesetz verabschiedet, um die Demokratisierung auf lokaler Ebene zu verankern und der Wirtschaft neuen Schwung zu verleihen. Dabei entstanden drei Stufen von Gebietskörperschaften: Gemeinde, Kreis und Region. Wirksam wurde die Dezentralisation nach den Kommunalwahlen im Jahr 1999 bei denen 703 Gemeinde-, 49 Kreis- und 8 Regionalräte gebildet wurden. Allerdings fehlen den Gebietskörperschaften die Arbeitskräfte und die finanziellen Ressourcen, um all ihren Aufgaben nachzukommen. Die Übertragung von Kompetenzen schreitet zügig voran, diejenige der Ressourcen hinkt hintennach.



lan Cartwright / Panos / Strates

Der Abfallberg in Bamako wächst und wächst. Um die planlose Verbreitung von Müllhalden zu bremsen, hat Malis Regierung der Hauptstadt erlaubt, in der kleinen Nachbargemeinde Tienfala eine Deponie zu errichten. Die lokalen Abgeordneten waren nicht konsultiert worden und baten deshalb die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit um Unterstützung.

Mit Hilfe von Experten analysierten sie die Auswirkungen einer solchen Anlage auf ihr Gebiet und gelangten anschliessend ans Umweltministerium, um über die Modalitäten zu verhandeln. Diese Partnerschaft weist über eine punktuelle Unterstützung hinaus: «Über die Bereitstellung von Sachverstand konnte die Gemeinde Tienfala ihre eigenen analytischen Fähigkeiten und ihr Verhandlungsgeschick entwickeln», bemerkt Ahlin Byll, Projektleiter der DEZA.

In einem Land, das noch von vier Jahrzehnten Zentralismus geprägt ist, lernen die seit 1999 bestehenden lokalen politischen Instanzen nach und

nach, im öffentlichen Interesse zu handeln und sich für ihre Bürger zur Wehr zu setzen. Die DEZA unterstützt diesen Lernprozess und setzt auf das Etablieren partnerschaftlicher Beziehungen.

Unzugängliche Obstgärten

Jean-Luc Virchaux, Leiter des Schweizer Koordinationsbüros in Bamako, definiert die Schlüsselrolle der Partnerschaft so: «Beide Parteien müssen ihre Differenzen gegenseitig anerkennen, gemeinsame Ziele definieren und transparent arbeiten. Der Geldgeber drängt nicht sein eigenes Entwicklungsprojekt auf. Er unterstützt die Initiative seines Partners, setzt aber bestimmte Bedingungen fest. Bei dieser Art Beziehung kann der Hilfeempfänger Autonomie aufbauen und Fähigkeiten entwickeln.»

Auch der Regionalrat von Sikasso ist mit der DEZA eine Partnerschaft eingegangen. Die regionale Körperschaft hat zu wenig Mittel und Erfahrung, um die Aufgaben zu erfüllen, die ihr bei der

fördert

Dezentralisation zufließen, insbesondere der lokalen Wirtschaftsentwicklung. Die DEZA fuhr mit den Abgeordneten ins Waadtländer Oberland und nach Hochsavoyen, um ihnen zu zeigen, was lokale Behörden in Sachen Wirtschaftsförderung zu leisten vermögen. Aufgrund dieser Reise entschied der Rat, neun landwirtschaftlichen Produktionslinien Priorität einzuräumen; dazu gehören die Mangokulturen.

In der Region Sikasso werden grosse Mengen



David Reed / Panos / Strates

Näherinnen bis zu Schmieden, vertreten sind. Bis vor Kurzem bot die DEZA klassische Unterstützung an und finanzierte konkrete Projekte. Nun schickt sie sich an, ihren Beitrag direkt in das Budget der Vereinigung einzuspeisen. Die Partnerschaft zwischen den beiden Institutionen gilt als beispielhaft und sie hat die Reorganisation der FNAM eingeleitet.

Bei einem internen Beratungsprozess zeigte sich, dass die FNAM Verwaltung und Leitung neu ge-



Ron Gling / Still Pictures



Giacomo Prozzi / Panos / Strates

Mango angebaut, aber viele Früchte verderben vor Ort, unter anderem weil die Obstgärten nicht mit Lastwagen zugänglich sind. Eine Studie konnte aufzeigen, dass zum Erschliessen der Produktionsgebiete 1700 Kilometer Feldwege angelegt werden müssen. Die Hälfte der Kosten wird von den Gebietskörperschaften getragen und 20 Prozent von der DEZA über das Budget des Regionalrats. Parallel dazu werden Anstrengungen unternommen, um den Markt zu strukturieren und Absatzmöglichkeiten auszumachen. Unter anderem muss der Regionalrat die Regierung ersuchen, gegen das Einziehen inoffizieller Steuern bei Strassensperren vorzugehen, ein System, das die Transportkosten verteuert.

Reorganisation der Handwerkervereinigung

Andere Partner sind in der Zivilgesellschaft verwurzelt. Beispielsweise die Vereinigung der malischen Handwerker (FNAM), in der 93 Berufe, von

stalten und ihre dezentralen Strukturen stärken muss, wenn sie die Stellung der Handwerker verbessern will. «Die FNAM führt im Moment ein transparentes Buchhaltungssystem ein, eine zwingende Bedingung, damit sie finanzielle Hilfe erhält», sagt der Berater Pierre Gaultier, der mit der Begleitung des Partizipationsprozesses beauftragt ist. Die Schweizer Hilfsgelder werden über das Zentralsekretariat der FNAM auf die regionalen Koordinationsstellen verteilt.

Im Gegensatz zu anderen Geldgebern bietet die Schweiz bestimmten «dezentralisierten» Partnern Budgetunterstützung, nicht aber der Zentralregierung. «In einem Land wie Mali müssen die Budgethilfen zwischen der Hauptstadt und den dezentralisierten Körperschaften ausbalanciert werden, um sicherzustellen, dass ein Teil bis zu den Ärmsten gelangt», erklärt Jean-Luc Virchaux.

Die DEZA nimmt aktiv am politischen Dialog zwischen den Geldgebern und der malischen Regierung darüber teil, wie die nationalen Strategien im Kampf gegen die Armut umgesetzt werden. Sie setzt allerdings alles daran, dass dieser Dialog eines Tages von den malischen Akteuren selbst geführt wird, nicht mehr von den Entwicklungsagenturen. Jean-Luc Virchaux: «Wenn die Abgeordneten von Tienfala, aus Sikasso oder die Verantwortlichen der FNAM selbst mit den zentralstaatlichen Behörden verhandeln können, halten wir das für einen Erfolg der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit.» ■

(Aus dem Französischen)

Fast 30 Jahre Zusammenarbeit

Mali ist seit 1977 Schwerpunktländ der DEZA. Die Schweiz stimmt ihr Vorgehen auf die von der malischen Regierung in ihrer Strategie zur Armutsbekämpfung (Poverty Reduction Strategy Paper, PRSP) und in zwei zehnjährigen sektoriellen Programmen festgelegten Prioritäten ab. Sie trägt dazu bei, Schwung ins lokale Wirtschaftsgefüge zu bringen. In diesem Bereich erstreckt sich die Hilfestellung vor allem auf die Landwirtschaft, von der über 70 Prozent der Bevölkerung leben, und den weitgehend informellen handwerklichen Sektor, insbesondere die Berufsbildung. Andere Programme sind dem Gesundheits- und dem Bildungsbereich gewidmet. Die Schweizer Unterstützung konzentriert sich auf die Verwaltungsregion Sikasso im Süden des Landes. Im Gegensatz zu den Wüstengebieten im Norden profitiert diese Region von einem feuchten Klima und hat ein hohes landwirtschaftliches Potenzial. Aber über zwei Drittel der Bevölkerung leben in Armut, was über dem nationalen Durchschnittswert liegt.



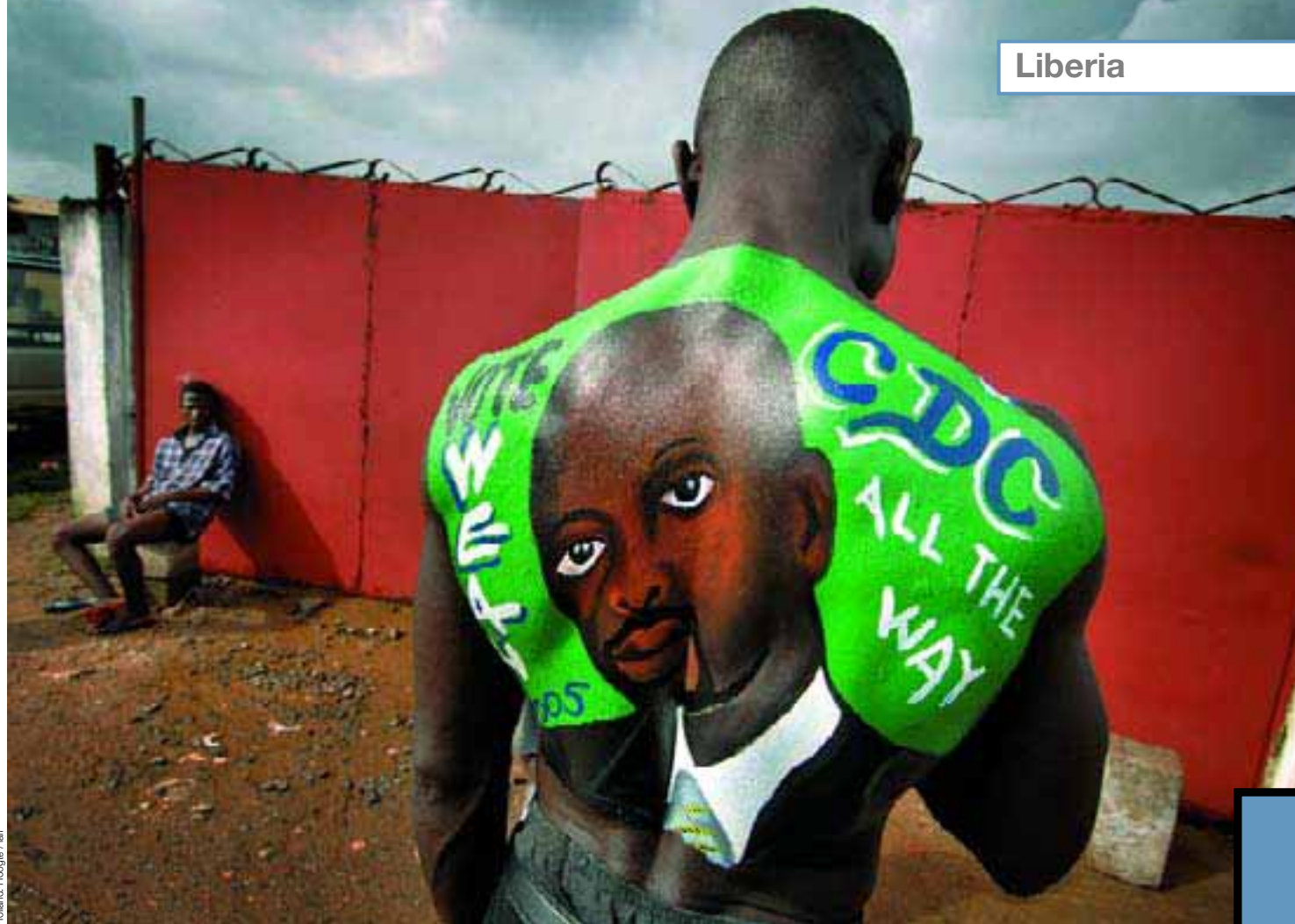
Das «Land der Freiheit» hat die Hölle hinter sich

Liberia setzt immer wieder in Erstaunen. Nachdem es einen der grausamsten Kriege Afrikas erlebt hat, bietet das Land gleich zwei sehr gegensätzliche «Premieren»: Der ehemalige Präsident Charles Taylor kommt vor das Spezialgericht für Sierra Leone, und die Liberianer haben eine Frau zum Staatsoberhaupt gewählt, Ellen Johnson-Sirleaf. Von Colette Braeckmann*.

Um Liberia und seine Gewaltausbrüche zu verstehen, muss man auf die Ursprünge dieses atypischen Landes zurückgehen. Die Wurzeln des Übels reichen ins 19. Jahrhundert zurück, als in Amerika freigelassene Sklaven sich aufmachen, das Land zurückzuerobern, das sie für die Heimat ihrer Vorfahren halten. Sie sind schwarz, sie schwingen die Bibel, aber in ihren Köpfen steckt vor allem Amerika. Deshalb nennen sie ihre Hauptstadt Monroe-

via, nach dem Namen des amerikanischen Präsidenten James Monroe, und lassen sich von der amerikanischen Verfassung inspirieren.

Trotz ihrer weissen Handschuhe und ihrer Zylinderhüte haben die Pioniere für die einheimische Bevölkerung bloss Verachtung übrig. Sie machen sie zu Zwangsarbeitern, enthalten ihnen bis 1945 das Wahlrecht vor und verweigern ihren Kindern den Schulbesuch. Heute geht Michaël Francis,



Erzbischof von Monrovia, davon aus, dass «in diesem Überlegenheitskomplex und in der Gewalt gegen die Einheimischen, die als Bürger zweiter Klasse behandelt wurden, die Ursachen des libe-
rianischen Übels zu suchen sind. Denn dieses System sollte in einer extrem gewalttätigen Revolte enden».

Drogenabhängige, kostümierte Kindersoldateska

Trotz Unterdrückung der einheimischen Bevölkerung hält das Land seine Bedeutung in der internationalen Arbeitsteilung: Nachdem zehntausende als «Vertragsarbeiter» bezeichnete Sklaven gehalten und exportiert wurden, findet sich ab 1918 eine neue Aufgabe. Dank des Aufstiegs des Automobils wird Kautschuk zum strategischen Rohstoff, und die amerikanische Firma Firestone betreibt riesige Gummibaumplantagen wie ein Staat im Staat. Auch später leistet Liberia den Amerikanern wieder gute Dienste: es beherbergt eine U-Boot-Abhöranlage und bietet der CIA Asyl. 1980 stürzt Samuel Doe, ein einfacher Unteroffizier einheimischer Abstammung, den Präsidenten William Tolbert. Dreizehn Minister werden erschossen. Die amerikanische Kriegsmarine vor den Küsten Monrovia schaut tatenlos zu. Sie interveniert auch zehn Jahre später nicht, als derselbe Samuel Doe zum Ende seiner Terror- und Korruptionsherrschaft von Prince Johnson, einem

Verbündeten von Charles Taylor, gefangen genommen und grausam gefoltert wird und das Land in Blutvergiessen und Zerstörung versinkt. Charles Taylor ist so etwas wie die Synthese aller Widersprüche. Der Sohn eines Afroamerikaners und einer einheimischen Mutter studierte in Boston und war unter Samuel Doe Wirtschaftsminister mit dem Spitznamen «Super Glu». Er gründete die National Patriotic Front of Liberia (NPFL). Die Rebellenbewegung hängt panafrikanischem und marxistischem Gedankengut nach, aber ihre Kämpfer sind drogenabhängige Kindersoldaten in Frauenkleidern mit Schnellfeuerwaffen in der Hand und Perücken auf dem Kopf.

Die Gewalt schlägt zurück

Trotz einer 4000 Mann starken afrikanischen Interventionstruppe reißt Taylor die Macht an sich und lässt sich 1997 mit 75 Prozent der Wählerstimmen zum Präsidenten wählen. Gewalt ist nicht sein einziger Trumpf: Gegen die auf Amerika schießenden Afroamerikaner stützt er sich auf ein bizarres frankophones Netzwerk. Mit dabei: Félix Houphouët-Boigny, Präsident der Elfenbeinküste, der burkinische Präsident Blaise Compaoré und der libysche Oberst Muammar al-Gaddafi, der seinen Einfluss auf ganz Westafrika auszudehnen trachtet. Charles Taylor und seine Komplizen exportieren die Gewalt. Foday Sankoh, einer seiner Schergen, gründet in Sierra Leone die Revolutionary Uni-



Ron Gling / Still Pictures



Ron Gling / Still Pictures



Ron Gling / Still Pictures

Das Ding im Alltag Die Daba

Seitdem Friede herrscht im Land, können die liberianischen Bauern ihre Felder wieder bestellen. Ihr wichtigstes Werkzeug ist die Daba, eine traditionelle Hacke. Sie wird auch in anderen westafrikanischen Ländern benutzt, wo die meiste Feldarbeit von Hand erledigt wird. Handwerker vor Ort stellen dieses einfache Werkzeug her, indem sie einen glatten Schaber aus Eisen an einen Holzstiel montieren. Damit bearbeiten die Bauern den Boden, sie jäten, hacken und häufeln damit an. Dabas gibt es in verschiedenen Ausführungen. Die am weitesten verbreitete Art ist mit einem kurzen Stiel versehen. Man kann sie in der einen Hand halten und hat die andere frei, beispielsweise um Unkraut auszureissen oder um zu säen. Allerdings muss man sich zum Arbeiten bücken oder in die Hocke gehen, was natürlich sehr ermüdend ist. Bei einer Daba mit langem Stiel kann man in aufrechter Haltung arbeiten. Aber ihr Einsatz wird von bestimmten lokalen Kulturen als ein Zeichen der Faulheit betrachtet.

ted Front (RUF) – mit drogenabhängigen, kostümierten Kämpfern, die auf Verstümmelungen «spezialisiert» sind. Das ebenfalls von machetenbewaffneten Horden bedrohte Nachbarland Guinea bittet die Amerikaner um Schutz. Taylor trägt auch zur Destabilisierung der Elfenbeinküste bei, und zwar zusammen mit Blaise Compaoré, der seinerseits die Rebellen unterstützt, die gegen Laurent Gbagbo, Präsident der Elfenbeinküste, kämpfen. Letztlich zahlt Charles Taylor den Preis der latent französisch-amerikanischen Rivalität. In dem Moment nämlich, wo die von Laurent Gbagbo ermutigte Bewegung für Demokratie in Liberia sowie die von Guinea unterstützte Vereinigten Liberianer für Versöhnung und Demokratie zum Sturm auf Monrovia ansetzen. Der Bumerang des Kriegs, lange jenseits der Grenzen geschürt, kehrt schliesslich nach Liberia zurück. Im August 2003 wird der liberianische Diktator zum Rücktritt gezwungen und findet Aufnahme in Nigeria.

Im März 2006 erklärt sich Lagos bereit, ihn zu verhaften und nach Freetown, Sierra Leones Hauptstadt, auszuliefern, wo er sich vor Gericht für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verantworten muss. Für Ellen Johnson-Sirleaf bedeutet seine Festnahme eine offensichtliche Erleichterung. Fände der Prozess in Liberia statt, hätte es der ehemalige Präsident in der Hand, die wirtschaftlichen und mafiosen Fäden des Netzes erneut zu ziehen, das ihn während 14 Jahren getragen hat.

Nutzloses, todbringendes Know-how

Die Welle der Gewalt hat etwa 200 000 Menschen das Leben gekostet, 800 000 Zivilisten in die Nachbarländer ins Exil getrieben und den völligen Zusammenbruch des Staats nach sich gezogen. Sie hat ausserdem mehrere Generationen von Kindern in Exzesse (Drogen, Vergewaltigung, Verstümmelung, systematische Grausamkeit) getrieben und ihnen die Kindheit gestohlen. Der Analphabetisierungsgrad ist auf 70 Prozent angestiegen.

Die Gewalttätigkeit steht überdies mit einem ausufernden Gold-, Diamanten- und Holzhandel in Verbindung. Taylor hatte aus Liberia einen kriminellen Staat ohne Verwaltung und ohne Dienstlei-

stungen gemacht, zu einer Drehscheibe der Diamanten aus Sierra Leone und der Spekulation um das Erdöl im Golf von Guinea.

Innerhalb von zehn Jahren wurde der beste Teil des liberianischen Urwaldholzes schwarz exportiert. Hauptprofiteur war der Holländer Guus Kouwenhoven, Chef der zwei grössten Holzschlagfirmen Liberias (42 Prozent der verwertbaren Fläche). Im Juni dieses Jahres wurde er von einem Gericht in Den Haag zu acht Jahren Gefängnis verurteilt: Im Gegenzug zu Holzschlagkonzessionen lieferte «Mister Gus» den Milizen von Charles Taylor Waffen.

Nach jahrelangem Terror wirkt die Ruhe der Wahlen 2005 wie eine Begnadigung. Seit ihrer Amtseinsetzung im vergangenen Januar plädiert die neue Präsidentin für gute Regierungsführung und versucht, das Rechtssystem zu reformieren. Sie hat vor, eine neue nationale Armee mit einem Bestand von nur 2000 Mann zu schaffen, und hofft, dass die 15 000 Blauhelme der UN-Mission weiterhin in Liberia präsent sein können, um den Frieden zu konsolidieren.

Ellen Johnson tut auch ihr Möglichstes, um die vielen ins Exil geflüchteten Liberianer zur Rückkehr in ihre Heimat zu bewegen. Stabilisierung und Entwicklung in Liberia sind von zentraler Bedeutung für die ganze Subregion. In Sierra Leone könnte sich der ständig bedrohte Frieden festigen. Und die Wahrscheinlichkeit einer bewaffneten Auseinandersetzung in Guinea und an der Elfenbeinküste wird abnehmen. Diese regionale Befriedung bringt allerdings die vielen tausend Kämpfer, die Liberia hervorgebracht hat, um ihre Stellung: Die inzwischen erwachsenen Kindersoldaten werden Umschulungsprogramme akzeptieren müssen, weil ihr todbringendes Know-how nirgendwo mehr gefragt ist. ■

(Aus dem Französischen)

* Colette Braeckmann ist Journalistin bei der belgischen Tageszeitung «Le Soir» und Mitarbeiterin von «Le Monde diplomatique». Sie hat mehrere Bücher über Afrika geschrieben.

Liberia und die Schweiz

Verstärktes Engagement

(bf) Nach dem Besuch der liberianischen Präsidentin Ellen Johnson-Sirleaf im März 2006 in der Schweiz, weitete die DEZA ihr Engagement in Liberia aus. Neben den 4,9 Millionen Franken, die im Rahmen der Zusammenarbeit mit Partnern wie UNO, IKRK und NGOs für 2006 eingeplant waren, kommen neu 3 Millionen Franken für bilaterale Programme in den Bereichen Gesundheitswesen, Strasseninfrastruktur, Bildung und Gouvernanz hinzu. Diese Programme werden momentan auf die Beine gestellt. Die humanitäre Hilfe der DEZA leistete während dem Krieg (1989 bis 2003) Nothilfe und seit 2004 Transitionshilfe. Folgende Bereiche stehen dabei im Vordergrund:

Rückkehr und Reintegration: Flüchtlinge und Vertriebene werden bei der eigentlichen Rückkehr unterstützt. Gleichzeitig werden die Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Reintegration gefördert (Zugang zu Trinkwasser, Gesundheitsversorgung), Kindersoldaten werden ins Zivilleben reintegriert und traumatisierten Kindern und Jugendlichen geholfen. Zusätzlich laufen Aids-Prävention und Hilfe für Aids-Opfer und -Waisen.

Ernährungssicherung: Die Bevölkerung wird

bei der landwirtschaftlichen Selbstversorgung und der Einkommenssicherung unterstützt (Landwirtschaftliche Produktion, Strassensanierung).

Friedenskonsolidierung und nationale Versöhnung: Dieser Bereich beinhaltet Beiträge an das Demobilisierungs-Programm für Ex-Kämpfer und an Projekte im Medien-Bereich (Talking Drums, Star Radio).

Regionale Aspekte: Unterstützung für die Nachbarländer als Beitrag zur Stabilisierung von Liberia. Regionale Friedensförderungsprojekte. Bereitschaft für Nothilfe-Massnahmen im Fall einer Krise in einem Nachbarland Liberias. Beiträge an die Programme des Welternährungsprogramms (WFP), des IKRK, des UNO-Hochkommissariats für Flüchtlinge (UNHCR), des UNO-Büros für die Koordination humanitärer Angelegenheiten (OCHA), sowie an schweizerische und internationale NGOs wie Action Contre la Faim, Fondation Hirondelle, Heilsarmee, Médecins Sans Frontières/Suisse, Search for Common Ground, Tear Fund Switzerland, WorldVision Switzerland, aber auch an die Liberian Red Cross Society und kleine lokale NGOs.

Zahlen und Fakten

Fläche
111 370 km²

Bevölkerung
3,04 Millionen Einwohner

Kriegsbilanz
200 000 Tote,
350 000 Flüchtlinge in den Nachbarländern,
500 000 Vertriebene

Ethnische Gruppen
95% der Bevölkerung gehören zu einer der rund dreissig einheimischen Ethnien, darunter Kpelle, Bassa und Kru. Dazu kommen die Amerika-Liberianer, Nachkommen der freigelassenen Sklaven (2,5%)

Sprachen
Englisch (offizielle Sprache), liberianisches Englisch und rund zwanzig einheimische Sprachen

Religionen
Christentum (40%), indigene Religionen (40%), Islam (20%)

Wichtigste Exportgüter
Diamanten, Holz, Eisenerz, Kautschuk

Wirtschaftliche Besonderheit
Liberia ist ein auf Billigflaggen spezialisiertes Steuerparadies; von den 1533 unter liberianischer Flagge fahrenden Handelsschiffen gehören 1460 ausländischen Reedern

Aus der Geschichte

1822 Auf die Initiative einer amerikanischen philanthropischen Gesellschaft hin lassen sich freigelassene Sklaven in Afrika nieder. Sie gründen die Stadt Monrovia.

1847 Liberia wird zum ersten unabhängigen Staat Schwarzafrikas.

1931 Der Völkerbund verurteilt die den Einheimischen von Amerika-Liberianern auferlegte Zwangsarbeit.

1945 Der seit 1944 amtierende Präsident William Tubman erteilt den Einheimischen das Wahlrecht.

1980 Mit einem blutigen Putsch stürzt der Unteroffizier Samuel Doe das Regime des Präsidenten William Tolbert. Das Land wird zur Diktatur.

1989 Charles Taylor gründet die National Patriotic Front of Liberia. Er reisst gegen die Vermittlungsversuche der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten (Cedeao), die eine Gruppe militärischer Beobachter (Ecomog) vor Ort entsendet, einen Bürgerkrieg vom Zaun.

1992 Der UNO-Sicherheitsrat belegt Liberia mit einem Waffenembargo. Der UNO-Generalsekretär ernannt einen Hohen Repräsentanten, um den Dialog zwischen der Cedeao und den Krieg führenden Parteien zu erleichtern.

1990 Prince Johnson, ein Verbündeter von Charles Taylor, spaltet sich ab. Er gründet mit etwa tau-

send Dissidenten die Unabhängige nationalpatriotische Front Liberias (Inpfl). Am 9. September ermordet er den Präsidenten Doe.

1993 Dank der Cedeao wird in Benin ein Friedensabkommen unterzeichnet. Der Sicherheitsrat setzt die UNO-Beobachtungsmission für Liberia (Monul) ein.

1997 Charles Taylor lässt sich mit 75 Prozent der Wählerstimmen zum Präsidenten wählen, aber die nationale Aussöhnung misslingt, der Bürgerkrieg flammt wieder auf. Die Welle der Gewalt greift auf die Nachbarländer über.

2003 Das Sondergericht für Sierra Leone erlässt einen internationalen Haftbefehl gegen Charles Taylor. Unter internationalem Druck demissioniert er und sucht in Nigeria Unterschlupf. Am 18. August unterzeichnen die Konfliktparteien ein allgemeines Friedensabkommen. Der Einsatz der UNO-Mission in Liberia beginnt Anfang Oktober. Die 3500 Soldaten der ehemaligen Ecomog stehen nun unter dem Befehl der Vereinten Nationen.

2005 Ellen Johnson-Sirleaf gewinnt die Präsidentschaftswahlen. Sie ist die erste Frau an der Spitze eines afrikanischen Staates.

2006 Ende März wird Charles Taylor in Nigeria verhaftet und nach Sierra Leone überführt, wo er vor ein internationales Gericht gestellt wird.



Gewalt als Problemlösung?



Vivian Gartayn (22), ist Reporterin und Nachrichtenredaktorin am Star Radio Liberia (www.starradio.org.lr) und studiert an der Universität von Liberia Soziologie und Massenkommunikation.

Die jungen Liberianer und Liberianerinnen meiner Generation – also Anfang bis Ende 20 – wuchsen in einer Gesellschaft auf, in der Gewalt als Mittel zur Lösung von Problemen galt. Diese Einstellung ist seit Beginn des Bürgerkriegs 1989 bis heute weit verbreitet. In dem mehr als 14 Jahre anhaltenden Bürgerkrieg wurden Kinder dazu benutzt, die niederträchtigen Vorhaben der Machthaber auszuführen. Dabei lernten sie, dass sie sich mit Waffengewalt alles verschaffen konnten, was sie wollten.

Diese Kinder und Jugendlichen sind heute in meinem Alter. Der Krieg ist zwar zu Ende, doch sie glauben immer noch, dass sie wie früher durch Gewalt alles erreichen. Daher erscheint heute die Ausübung unserer verfassungsmässigen Rechte durch Protestaktionen sinnvoller als Dialog.

In fast allen Provinzen Liberias und vor allem in Monrovia gehen die Menschen, deren Rechte verletzt worden sind, immer wieder auf die Strasse, um ihren Anliegen Gehör zu verschaffen. Während der Protestaktionen, die im Vergleich zu früher relativ friedlich sind, kommt das gesamte Alltagsleben zum Stillstand. In manchen Fällen gibt es auch Ausschreitungen, bis liberianische Polizeikräfte und Einsatzgruppen der UN-Friedenstruppe die Lage wieder unter Kontrolle bringen.

Seit der Wahl der neuen Präsidentin, der ersten Frau an der Spitze eines afrikanischen Staates, kommt es immer wieder zu Demonstrationen. Der oppositionelle Kongress für demokratischen Wandel gab den Anstoss, als seine Mitglieder auf die Strasse gingen, um in Wahrnehmung ihres verfassungsmässi-

gen Rechts gegen das Ergebnis der Stichwahl zu protestieren. Dann gingen auch die Witwen der Soldaten der liberianischen Streitkräfte auf die Strasse, um mit Küchengeräten ihrer Forderung nach Witwenrente Ausdruck zu geben. Anschließend gab es mehrere Demonstrationen von entlassenen Soldaten, die Abfindungen und die Zahlung ausstehender Löhne forderten. Die jüngste Soldatendemonstration war sehr gewalttätig und führte dazu, dass UN-Soldaten Schüsse auf die Menge abgaben.

Der öffentliche Dienst organisierte während der Übergangszeit einen wilden Streik. Mehr als eine Woche lang legten die Beamten alle Ministerien und staatlichen Einrichtungen lahm, um ihrer Forderung nach der Zahlung ausstehender Gehälter Nachdruck zu verleihen. Im April dieses Jahres planten die Beamten einen Streik unmittelbar nach der Demonstration der Soldaten, konnten ihn aber nicht durchführen, weil die Präsidentin nach der Soldatendemonstration ein Demonstrationsverbot verhängt hatte.

Nach jeder der bisherigen Protestaktionen wandte sich die Präsidentin oder eine andere führende Persönlichkeit an die Protestierenden und liess ihnen entweder Geld zukommen oder setzte eine Frist fest, bis zu der auf die Forderungen eingegangen werden sollte. Die einzige Ausnahme war die Demonstration der Soldaten: Hier machte die Präsidentin keine Zugeständnisse und sie kündigte sogar die strafrechtliche Verfolgung der Anführer der Krawalle an. Laut Verteidigungsministerium erhalten nur diejenigen Armeemangehörigen ihren Sold, welche eine schriftliche Entschuldigung vorlegen.

Wenn sich der gegenwärtige Trend, Forderungen durchzusetzen, indem Aufmerksamkeit erregt und Druck ausgeübt wird, auch weiterhin fortsetzt, dann wird ihm die jüngere Generation meiner Ansicht nach kein Ende setzen können. Wir haben heute eine demokratisch gewählte Regierung, die sich bemüht, die verheerenden Folgen und die Traumata des Bürgerkriegs zu lindern, und ich meine, wir sollten uns auf friedlichere Weise mit den heutigen Problemen auseinandersetzen.

Nur so wird es uns gelingen, die Erinnerungen an den Krieg und die Zerstörung aus der Erinnerung zu tilgen. ■

(Aus dem Englischen)



Ron Gling / Still Pictures



Tina Steiner

Migration braucht Dialog

Im Juli 2006 hat in Rabat/Marokko zum ersten Mal auf Ministerebene ein Dialog zwischen Afrika und Europa zum Thema «Migration und Entwicklung» stattgefunden. Auslöser waren die tragischen Schicksale der Migranten, welche illegal über Marokko nach Europa einreisen wollten. Die Regierungen Spaniens und Marokkos, denen sich Frankreich und Senegal anschlossen, hatten eingeladen, um die Zusammenhänge zwischen Migration und Entwicklung auf politischer Ebene zu thematisieren.

Einig waren sich alle rasch, dass gewollte Migration regularisiert, in geordneten Bahnen ablaufen soll. Europäische Länder haben die demographische Dimension ihrer Eigenentwicklung erkannt und bewerten Migration als notwendig und etwas Positives.

Afrikanische Minister ihrerseits haben betont, dass sie nicht ihre besten Arbeitskräfte abziehen lassen wollen, sondern generell mehr Entwicklung und gut ausgebildete Menschen brauchen. Die Einsicht lag nahe: Entwicklung und Entwicklungszusammenarbeit sollen in Afrika der besseren Wirtschafts- und Sozialentwicklung sowie Erziehung dienen. Legale Migration soll mit bilateralen oder multilateralen Abkommen partnerschaftlich gelöst werden.

Wenig Einigkeit bestand betreffs illegaler Migration. Einig war man sich, dass diese keine Perspektive guter Entwicklung darstellt und Netzwerke von Schleppern und kriminellen Machenschaften bekämpft werden müssen. Seitens Europa wurde angeboten, afrikanischen Regierungen zu helfen, ihre Kapazitäten für ein besseres Migrationsmanagement und bessere Kontrollen zu verstärken. Klar wurde auch, dass die Industrieländer interne Anstrengungen gegen illegale Arbeitssuchende unternehmen müssen. Es fiel gar die These: Der Markt

funktioniert! Was heissen soll: Länder, von denen bekannt ist, dass es keine Arbeit für illegale Migranten gibt, offenbar von den organisierten illegalen Wanderbewegungen weniger betroffen sind.

Was in diesem Dialog angetönt, aber nicht ausreichend Beachtung erhielt, war die Notwendigkeit des Schutzes der Migranten, ob legal oder illegal. In der politischen Erklärung wird diese Frage zu wenig beachtet. Der Aktionsplan hingegen ist eine Basis für ein besseres gegenseitiges Verständnis und für die vertiefte Zusammenarbeit.

Sehr wichtig sind drei grundsätzliche Einsichten:

1. Afrika braucht mehr Entwicklung und dazu nebst erhöhten Eigenanstrengungen auch mehr finanzielle Mittel, soll denn illegale Migration «präventiv» angegangen werden.
2. Kein Land kann die Migrationsproblematik unilateral für sich selbst lösen.
3. Es braucht eine intensive, kontinuierliche Zusammenarbeit zwischen Herkunfts-, Transit- und Bestimmungsländern von Migranten.

Seitens der EU-Kommission wurde ein jährlicher Dialog zwischen Afrika und Europa auf Ministerienebene angeregt. Nur wenn diese Thematik genügend Raum für Debatten und Lösungen erhalte, werde sie den hohen politischen Stellenwert behalten.

Die Schweiz als Teil Europas und Partnerin Afrikas ist eingeladen, diesen Dialog mitzugestalten. Die Konferenz hat gezeigt, dass wir mit unseren Ansätzen und mit unserer Orientierung der Zusammenarbeit und des Dialogs in die richtige Richtung gehen. ■

Walter Fust
Direktor der DEZA

Bio-Baumwolle als Alter



250 000 Landwirtschaftsbetriebe

Da nahezu die gesamte Industrie Kirgisistans brachliegt, ist die Landwirtschaft heute einer der wichtigsten Wirtschaftszweige (2004: 37 % des BIP). Im Zuge der Agrarreform wurde ein Grossteil der Ackerfläche privatisiert und der Landbevölkerung übereignet. So sind rund 250 000 landwirtschaftliche Privatbetriebe entstanden. Allerdings wissen die meisten Dorfbewohner noch nicht, wie der Boden nachhaltig und effizient zu nutzen ist und sind noch nicht mit den Grundregeln der Marktwirtschaft vertraut. Das Projekt Bio-Baumwolle arbeitet mit dem von der DEZA finanzierten Landwirtschaftsberatungsdienst zusammen. Er vermittelt den Bauern agrartechnische Grundkenntnisse für die wichtigsten Bereiche der landwirtschaftlichen Erzeugung. Die Bauern erhalten technische Beratung und nehmen an Lehrgängen teil, an denen sie lernen, wie sie einen Bio-Betrieb führen, den Boden wieder fruchtbar machen, eine wirtschaftlich tragfähige Fruchtfolge einführen und organischen Dünger einsetzen können. Der Beratungsdienst bietet ihnen ferner Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch und zur gemeinsamen Suche nach innovativen Methoden.

Nicolas Boll (4)

Seit drei Jahren werden im Süden des Dschalalabat-Gebietes in Kirgisistan organische Anbaumethoden getestet. In dieser Gegend wird traditionell viel Baumwolle angepflanzt. Das von der Schweiz finanzierte Projekt Bio-Baumwolle fördert den «chemiefreien» Anbau und soll beitragen, Umweltbelastungen in der Region abzubauen und der einheimischen Bevölkerung neue wirtschaftliche Chancen zu bieten. Von Aida Aidakjewa*.

Noch vor wenigen Jahrzehnten galt das Ackerland Zentralasiens als eines der fruchtbarsten der Welt, doch in den vergangenen 30 Jahren sind die Böden durch falsche Bewirtschaftung weitgehend ausgelaugt worden. In der Sowjetzeit betrieben die Kolchosen extensiven Baumwollanbau unter Verwendung von grossen Mengen anorganischen Düngers, Pestiziden und Entlaubungsmitteln, und daran änderte sich auch durch den Zusammenbruch der Sowjetunion nichts.

Pioniere der organischen Landwirtschaft

«Diese Praxis beeinträchtigt nicht nur die Bodenfruchtbarkeit, sie hat auch schwere gesundheitliche Schäden in der Bevölkerung zur Folge», so der kirgisische Umweltexperte Ilja Domaschow, «und sie ist eine der Ursachen der ökologisch katastrophalen Austrocknung des Aralsees in Usbekistan/Kasachstan. Die biologisch-organische Landwirtschaft kann dazu beitragen, die Gefährdung der Natur und des Menschen durch Chemikalien zu verringern.»

Im Mittelpunkt des Konzepts der organischen Landwirtschaft stehen die nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen und die Vermeidung des Einsatzes von Chemikalien und genetisch veränderten Organismen. Ein Übergang zu organischer Landwirtschaft ist nicht nur für Umwelt und Gesundheit von Vorteil, sondern nützt auch fürs Portemonnaie: «Saubere» Baumwolle bringt im Schnitt 20 Prozent mehr ein als konventionell angebaute Baumwolle.

Weitere Vorteile einer Mitarbeit im Projekt sind der Zugang zu qualitativ besserem Saatgut, die kostenlose Teilnahme an Landwirtschaftslehrgängen und schliesslich die Unabhängigkeit von den zahlreichen Mittelsmännern, die von der traditionellen Handelskette profitieren.

Das Projekt Bio-Baumwolle wird vom Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) in Partnerschaft mit dem niederländischen Institut für Entwicklungszusammenarbeit (HIVOS) finanziert und von Helvetas durchgeführt. Projektleiter Nicolas Boll ist überzeugt, dass Kirgisistan ausgezeichnete Ent-

wicklungsmöglichkeiten für die organische Landwirtschaft bietet. «Das Klima in dieser Region», so Boll, «ist ideal für den Baumwollanbau. Die natürlichen Bedingungen sind günstig, und organische Anbaumethoden haben Zukunft.»

Die Bauern, die mit der Umstellung auf organischen Anbau begonnen haben, stellten fest, dass der Erfolg nicht umgehend spürbar ist, sondern die Erträge zunächst einmal zurückgehen. Der jahrelang rücksichtslos ausgebeutete Boden braucht Zeit, um wieder fruchtbarer zu werden. Doch nach und nach verbesserten sich sowohl die Bodenstruktur als auch die Pflanzengesundheit.

Umstellung ja – aber nicht für alle Bauern

Orunbajew Suerkul aus dem Dorf Schaidan zweifelte, vor drei Jahren am Sinn der Umstellung auf organischen Anbau: «Die Gefahr eines Misserfolgs schien gross, als im ersten Jahr die Erträge sanken und unsere Familie deshalb finanzielle Probleme hatte. Aber im zweiten Jahr stiegen die Erträge wieder, und damit auch unser Einkommen. Ich hoffe, es wird so weitergehen.» Auch der Bauer Kurbaschew Mirzaakim bewirtschaftet seinen Hof «naturnah»: «Ich möchte meinen Kindern sauberes und fruchtbares Ackerland hinterlassen und ihnen gute Anbaumethoden beibringen, damit sie später von diesem Land leben können.»

Mirzaakim sagt, heute müsse seine Familie zwar mehr auf den Feldern arbeiten, doch die organische Landwirtschaft habe auch viele Vorteile: «Wer organisch anbaut, geht sorgsam mit Boden und Insekten um und leistet kreative Arbeit. Seit ich organische Landwirtschaft betreibe, hat sich meine Einstellung zu Chemikalien grundlegend geändert. Ich bin überzeugt, dass man in der Landwirtschaft ohne Chemie auskommen kann.»

Organische Landwirtschaft eignet sich für Kleinbauern in Bergregionen, in denen die Haushalte genügend Tiere haben, die organischen Dünger produzieren. Wenn Bauern am Projekt teilnehmen wollen, müssen sie die Fruchtfolgemethoden kennen, die Verschmutzung des Ackerbodens mit Wasser von ihren Nachbarn vermeiden und wissen, wie



Schädlinge mit natürlichen Methoden zu bekämpfen sind. Manchen gelingt dies nicht und so musste im vergangenen Jahr fast jeder fünfte Bauer das Projekt verlassen, weil seine Arbeit den Kriterien des organischen Anbaus nicht genügte.

Rund vier Prozent der Bauern stiegen freiwillig aus. «Die ärmsten Bauern können es sich nicht leisten, auf Geld zu warten. Wenn sie feststellen, dass organische Landwirtschaft nicht umgehend zu einer Verbesserung ihrer finanziellen Situation führt, geben sie oft auf», erklärt Nicolas Boll. «Doch die Anzahl Aussteiger dürfte zurückgehen, sobald die Bauern besser über die organische Landwirtschaft und ihre Erfordernisse informiert sind.»

2005 wurde kirgisische Bio-Baumwolle von der deutschen Firma Elmertex aufgekauft, die umweltfreundliche Textilien herstellt, darunter Bettwäsche und Kleidung. Die Firma hat sich vertraglich zur Abnahme von Bio-Baumwolle bis 2008 verpflichtet und zieht die Möglichkeit einer Vertragsverlängerung in Betracht. Auch andere ausländische Grossabnehmer bekunden Interesse, doch sie warten, bis die Erzeugung der Bio-Baumwolle steigt und sich stabilisiert. Um die Nachfrage zu befriedigen, stellen sich immer mehr kirgisische Bauern auf organischen Anbau um. Schon dieses Jahr werden 450 Betriebe 300 Tonnen Rohbaumwolle für den Export produzieren. ■

(Aus dem Englischen)

* Aida Aidakjewa ist Kommunikationsreferentin im Schweizer Kooperationsbüro in Bischkek (Kirgisistan).

Bio-Baumwolle als Nischenprodukt

Vor nicht allzu langer Zeit leistete die Baumwollerzeugung im Süden Kirgisistans einen wichtigen Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ging die für den Baumwollanbau genutzte Ackerfläche vorwiegend aufgrund der Wirtschaftskrise um mehr als 70 Prozent zurück. Der Lebensstandard der Bevölkerung verschlechterte sich entsprechend, die Arbeitslosigkeit nahm zu. Nach einigen Jahren begann die Baumwollproduktion jedoch wieder ihre frühere Rolle zu spielen. Heute schwankt sie je nach Weltmarktpreisen. Der Sektor beschäftigt im Schnitt eine halbe Million Menschen in den Gebieten Osch und Dschalalabat. Kirgisistan exportiert jährlich 27 Millionen Tonnen Baumwollfasern. Aus makroökonomischer Sicht wäre es für das Land sinnvoll, seine Nische im Weltmarkt mit Bio-Baumwolle zu besetzen. Nur so wird das Land im Wettbewerb mit den Nachbarstaaten Usbekistan und China, die in grossem Umfang Baumwolle produzieren, bestehen können.



Sieben Probleme haben wir bereits gelöst

Seit 35 Jahren ist die DEZA in Bangladesh engagiert. Die Programme stellen die Hilfe zur Selbsthilfe in den Mittelpunkt und tragen dazu bei, die Armut zu reduzieren. Was Fortschritte in der Entwicklung für eine ländliche Bevölkerung bedeutet, zeigt die Reportage aus einem Dorf im Norden von Bangladesh. Von Barbara Affolter*.



Christian Pöfner / DEZA

Mustergültig

In keinem anderen Land der Welt hat in den letzten 35 Jahren eine vergleichbare wirtschaftliche Entwicklung zu Gunsten der Armen stattgefunden. Obschon Bangladesh immer noch zu den ärmsten Ländern gehört, kann sich das Land heute trotz Verdoppelung der Bevölkerung selbst ernähren und kann besser mit den immer wiederkehrenden Naturkatastrophen umgehen. Die Entwicklungshilfe hat dabei eine zentrale Rolle gespielt – auch die der Schweiz, die sich in Bangladesh seit der Staatsgründung engagiert. Das Wirtschaftswachstum zu Gunsten der Armen hat die Kindersterblichkeit und zugleich die Geburtenrate gesenkt und dazu beigetragen, dass Bangladeschs Abhängigkeit von Hilfsgeldern von 8 auf 2 Prozent des Bruttoinlandprodukts reduziert werden könnte.

47 Probleme hätten sie identifiziert, als sie vor zwei Jahren begannen, ihre Lage zu analysieren und einen Jahresplan aufzustellen, um die Sache anzugehen. Die immer wiederkehrenden Überschwemmungen, Landlosigkeit, kein Zugang zu den Fischgründen, keine Einkommensmöglichkeiten, fehlende Schulbildung – Protima Rani, die Bäuerin aus dem Distrikt Sileth zählt auf, was sie gemeinsam analysiert haben. Sie hat sich an dieser Versammlung von Vertretern und Vertreterinnen der Dorfkomitees als Sitzungsleiterin vorgestellt. Anwesend sind etwa 20 Frauen und wenige Männer, um den Besuchern zu erklären, wie sie ihr Leben in den letzten Jahren verändert haben.

Trockenfisch und Enteneier

Vorher hätten sie nicht gewusst, wie man ein Komitee bildet, Sitzungen abhält, Protokolle führt oder Ersparnisse aufbewahrt. Als die lokale Entwicklungsorganisation CNRS ihnen eine Zusammenarbeit vorschlug, waren sie erst misstrauisch. Wie konnten sie ihnen helfen ohne gleichzeitig finanzielle Unterstützung anzubieten? «Aber als wir in einem anderen Dorf die Resultate gesehen hatten, waren wir dabei», sagt Protima Rani. «Wir haben viele Probleme, aber das grösste ist un-

ser Mangel an Wissen», sagt eine alte Frau und zeigt auf ihre Hebammentasche. «Heute wissen wir zum Beispiel, dass wir früher die Nabelschnur falsch abgeschnitten haben.»

Um den Landlosen unter ihnen zu helfen, sprachen sie als Vertreterinnen der Dorfkomitees bei der Distriktverwaltung vor, um in ein vorgesehenes Landreformprogramm aufgenommen zu werden. Damals wurde ihnen ihre Stärke erstmals bewusst. Sie seien, so Protima Rani, nicht nur ins Verwaltungsgebäude eingelassen, sondern sogar aufgefordert worden, Platz zu nehmen!

Die Dorfbewohner haben viel Land wieder nutzbar gemacht und sie haben Latrinen gebaut: Heute verfügt die Hälfte der Bevölkerung über Latrinen, was nicht nur der dörflichen Hygiene zu Gute kommt, sondern besonders den Frauen den Alltag erleichtert. Um über bares Einkommen zu verfügen, verkaufen Frauen Trockenfisch und Enteneier. Auf die Frage, wie viele der 47 Probleme sie bereits gelöst hätten, kommt die Antwort umgehend: «7 haben wir gelöst, drei sind noch hängig.» ■

* Barbara Affolter ist Stv. Abteilungsleiterin Medien und Kommunikation der DEZA

Prämierter Film

(vuc) Der Schweizer Kurzfilm «Das Nadelwehr in Luzern» von Nora de Baan hat beim ersten internationalen Treffen «Wasser und Film», das im März anlässlich des 4. Weltwasserforums in Mexiko stattfand, einen ersten Preise gewonnen. Ziel des Forums war, weltweit auf die Entscheide im Zusammenhang mit der Wasserbewirtschaftung Einfluss zu nehmen, aber auch die kulturellen Dimensionen des Wassers sollten Eingang in die Aktionsstrategie finden. So entstand das erste internationale Treffen «Wasser und Film». Konzipiert wurde es vom Internationalen Wassersekretariat (SIE), welches von der DEZA mitfinanziert wird. Sein Hauptaugenmerk richtete sich auf Geschichten, Reportagen, Dokumentar- und Bildungsfilme die zur Mobilisierung der Öffentlichkeit beitragen, um die

entscheidenden Wasser-Probleme zu lösen. Knapp 200 Filme aus 50 Ländern wurden selektiert. Die Jury verlieh zwei erste Preise: An «Das Nadelwehr in Luzern» von Nora de Baan und an «L'eau, miroir du monde andin» des Franzosen Luc Bazin. Der erste Preis des Sensibilisierungssports ging an den Mexikaner Rubén Silva Ruiz für «Aguas con el agua». Der Schweizer Beitrag zeigt, wie das in Luzern gelegene Wehr den Abfluss der Reuss und damit den Pegel des Vierwaldstädtersees reguliert. Das über hundertjährige Wehr wird von Menschenhand betätigt. Produziert wurde der 35-minütige Film vom Historischen Museum Luzern. In Abwesenheit der Regisseurin überreichte der ISW-Direktor die Auszeichnung Ende Mai am DEZA-Sitz in Bern dem Direktor des Museums.

Risiken erkennen – Sicherheit planen

(sfx) Ein Blick auf die Karte der globalen Erdbebenzonen des Schweizerischen Erdbebenendienstes oder Karte der UN mit den Konfliktgebieten der Erde illustriert die offensichtliche Überdeckung mit Einsatzländern der DEZA oder schweizerischer international tätiger NGOs bestens. Sicherheit ist denn auch ein Thema, das alle Mitarbeitende der internationalen Zusammenarbeit früher oder später betrifft. Wie mit offensichtlichen und verborgenen Risiken umzugehen ist, welche Schutzmassnahmen geplant und getroffen werden sollen, vermittelt die DEZA deshalb regelmässig in zwei speziellen Kursen: «Safety and Security Field Simulation Exercise» und «Safety and Security Management Workshop». Im praktischen Feldkurs werden die

Grundlagen für das persönliche Verhalten, Stress-Management und Kommunikation angesprochen und in einer realitätsnahen Feldübung angewendet. Der Management-Kurs vermittelt die nötigen Kenntnisse darüber, wie Informationen beschafft, ausgewertet und schliesslich in eine anschauliche Matrix übertragen werden. Wie sich an vielen historischen Beispielen zeigen lässt, können sich Sicherheitsverhältnisse in kurzer Zeit und ohne erkennbare Vorzeichen zum Besseren oder Schlechteren wenden. Deshalb gehören Sicherheitsüberlegungen in vielen Einsatzgebieten zu den täglichen Aufgaben. Der nächste Sicherheitskurs der DEZA findet vom 4. bis 8. September in Stans statt. Weitere Informationen: www.deza.admin.ch, Rubrik «Service».

Was eigentlich ist... Transition?

(jtm) Transition heisst wörtlich Übergang. In der Politik wird damit der Übergangsprozess der mittel- und osteuropäischen Länder von Kommunismus und Planwirtschaft zu Demokratie und Marktwirtschaft bezeichnet. Im Kern geht es bei der Transition um die Reform der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Institutionen. Ausgangspunkt war der Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989. Er führte zum Sturz der kommunistischen Regimes in Osteuropa und leitete einen tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandlungsprozess ein. Die Transition gilt als abgeschlossen, wenn Demokratie und Marktwirtschaft gefestigt und die Bürgerrechte der Bevölkerung gesichert sind. Weit fortgeschritten ist die Transition in den acht Ländern Mitteleuropas (Polen, Ungarn, Slowakei, Slowenien, Tschechien) und des Baltikums (Estland, Lettland, Litauen), die am 1. Mai 2004 der EU beigetreten sind. Das Volkseinkommen dieser Länder liegt zwar erst bei 50 Prozent des EU-Durchschnitts, doch sind die politischen Reformen weitgehend abgeschlossen. In Südosteuropa und den Ländern der ehemaligen Sowjetunion steckt der Systemwandel jedoch erst auf halbem Weg. Gebremst wurde die Transition durch Kriege, wirtschaftliche Einbrüche und das Fehlen einer demokratischen Tradition, an die man anknüpfen könnte. Die Schweiz unterstützt den Systemwandel in Osteuropa seit Beginn der 1990er Jahre mit jährlich rund 200 Mio. Franken. Rund zwei Drittel werden für Projekte in Südosteuropa aufgewendet, das restliche Drittel kommt den Ländern der

ehemaligen Sowjetunion zugute (v.a. Südkaukasus und Zentralasien). Umgesetzt wird die Transitionshilfe von DEZA und Seco. Während sich die DEZA vor allem auf die soziale Entwicklung und gute Regierungsführung konzentriert, stärkt das Seco die Wirtschaft und Infrastruktur. Die Transitionshilfe schafft neue Perspektiven vor Ort und trägt zu Stabilität und Wohlstand in Europa und den Ländern der ehemaligen Sowjetunion bei.



Hilfe für die Daheimgebliebenen

Die wichtigsten Geldgeber für die Armutsbekämpfung in Entwicklungsländern sind Angehörige der Betroffenen, die im Ausland leben. Laut Schätzungen der Weltbank wurden im Jahr 2005 über 250 Milliarden Dollar von Migrantinnen und Migranten in ihre Heimatländer überwiesen. Von Gabriela Neuhaus.

Woher die Rimessen kommen

(in Milliarden USD)

USA – 34
Saudi Arabien – 15
Deutschland – 9,9
Schweiz – 9,2
Frankreich – 4,7

Quelle: Dilip Ratha, in *Remittances, Development Impact and Future Prospects*, Weltbank 2005

Wohin die Rimessen fließen

(in Milliarden USD)

Indien – 21,7
China – 21,3
Mexiko – 18,1
Frankreich – 12,7
Philippinen – 11,6

Quelle: *Global Economic Prospects*, Weltbank 2006



holand. Hoogte / itaf

Über 200 Millionen Menschen suchen heute ihr Auskommen im Ausland. Eine Folge dieser internationalen Wanderungsbewegung, die durch wirtschaftliches Gefälle angekurbelt wird, ist die rasante Zunahme von Geldüberweisungen aus Einwanderungsländern in die Herkunftsländer. Laut Schätzungen der Weltbank wurden 2005 über 250 Milliarden US-Dollar (USD) als sogenannte Rimessen in die Heimatländer der Migrantinnen und Migranten überwiesen.

Dies übertrifft bei weitem die Mittel, welche von

der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit zur Armutsbekämpfung eingesetzt wurden. Allein aus der Schweiz schickten Migrantinnen und Migranten im letzten Jahr rund neun Milliarden USD (inklusive Einkommen der Grenzgänger) nach Hause – das Fünffache dessen, was die Schweizerische Eidgenossenschaft in der gleichen Zeit für die Entwicklungszusammenarbeit ausgegeben hat. Das Geld aus der Schweiz gelangt auf unterschiedlichen Wegen in die Heimatländer der Absender. Wichtig ist, dass es möglichst kostengünstig,

sicher und schnell seinen Bestimmungsort erreicht. Viele nutzen dazu informelle Kanäle, die meist auf Vertrauenspersonen und Netzwerken von Landsleuten aufgebaut sind. Diese Art der Geldüberweisung ist günstig und sicher.

Zunehmende Reglementierung

Allerdings sind diese nicht lizenzierten und kaum kontrollierbaren Organisationen seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 unter Druck geraten: Sie stehen unter Verdacht, Teil eines Netzwerkes zur Finanzierung des Terrors zu sein und werden entsprechend bekämpft. Meist zu Unrecht, meint Georg Felber von der Schweizer Entwicklungsorganisation Intercooperation, der das Thema Rimessen im Auftrag der DEZA untersucht hat:



Paul Smith / Panor / Strates

«Viele Arme haben keinen Zugang zum Bankensystem, für sie sind die informellen Wege des Geldtransfers enorm wichtig. Diese Netzwerke für Migrantengelder befördern meist kleine Beträge – der internationale Terror hingegen hat andere Möglichkeiten.»

Der Trend geht aber in Richtung Regulierung. Weltweit gibt es Bestrebungen, die Kanäle für Rimessen in formelle Bahnen zu lenken, etwa via internationale Bankverbindung von Konto zu Konto. Allerdings sind Banküberweisungen oft mit einem komplizierten Prozedere und saftigen Gebühren verbunden. Viele Empfänger in Entwicklungsländern haben zudem kein Bankkonto, und der Weg bis zu einer Bank mit internationalen Verbindungen ist oft weit.

Deshalb nutzen Migrantinnen und Migranten spezialisierte Geldtransferinstitutionen wie zum Beispiel Western Union, die bereits seit 1871 solche Dienstleistungen anbietet. Heute ist die Tochterfirma des US-amerikanischen Finanzkonzerns First Data mit gegen 300 000 Niederlassungen in 200 Ländern Marktleaderin im internationalen Transfer von Geldüberweisungen.

Helena de Martin führt eine dieser 300 000 Niederlassungen. Für Schweizer Verhältnisse sind es

kleine Summen, die bei ihr über den Ladentisch gehen: 200 Franken Schulgeld und Zustupf für Heiratsgeschenke an eine Grossfamilie an der Elfenbeinküste; 100 Franken zum Kauf dringend benötigter Medikamente für eine kranke Mutter in Ecuador...

Die gebürtige Brasilianerin bietet die Geldtransfers in ihrer Boutique in Zürich-Oerlikon an. Mit bis zu 12 Transaktionen pro Tag gehört Helena de Martin zu den Kleinen im Geschäft. Am Hauptbahnhof in Zürich zum Beispiel, wo Western Union wie in zahlreichen weiteren Bahnhöfen der Schweiz, in Partnerschaft mit den SBB eine Agentur betreibt, sind es bis zu 250 Transaktionen im Tag. Dies trotz beträchtlicher Servicegebühren, die vor allem bei der Überweisung von niedrigen Be-



Jörg Böhmig / agenda

trägen ins Gewicht fallen.

«Jeder kennt Western Union; wenn ich mein Geld damit schicke, bin ich sicher, dass es ankommt», sagt ein junger Kenianer. Er hat soeben am SBB-Schalter in Zürich 250 Franken an einen Verwandten überwiesen, der den entsprechenden Betrag in einheimischer Währung beim Agenten in einer kenianischen Kleinstadt abholt und an die Familienmitglieder weiter verteilt. Der Transfer kostete 30 Franken.

Lukratives Geschäft

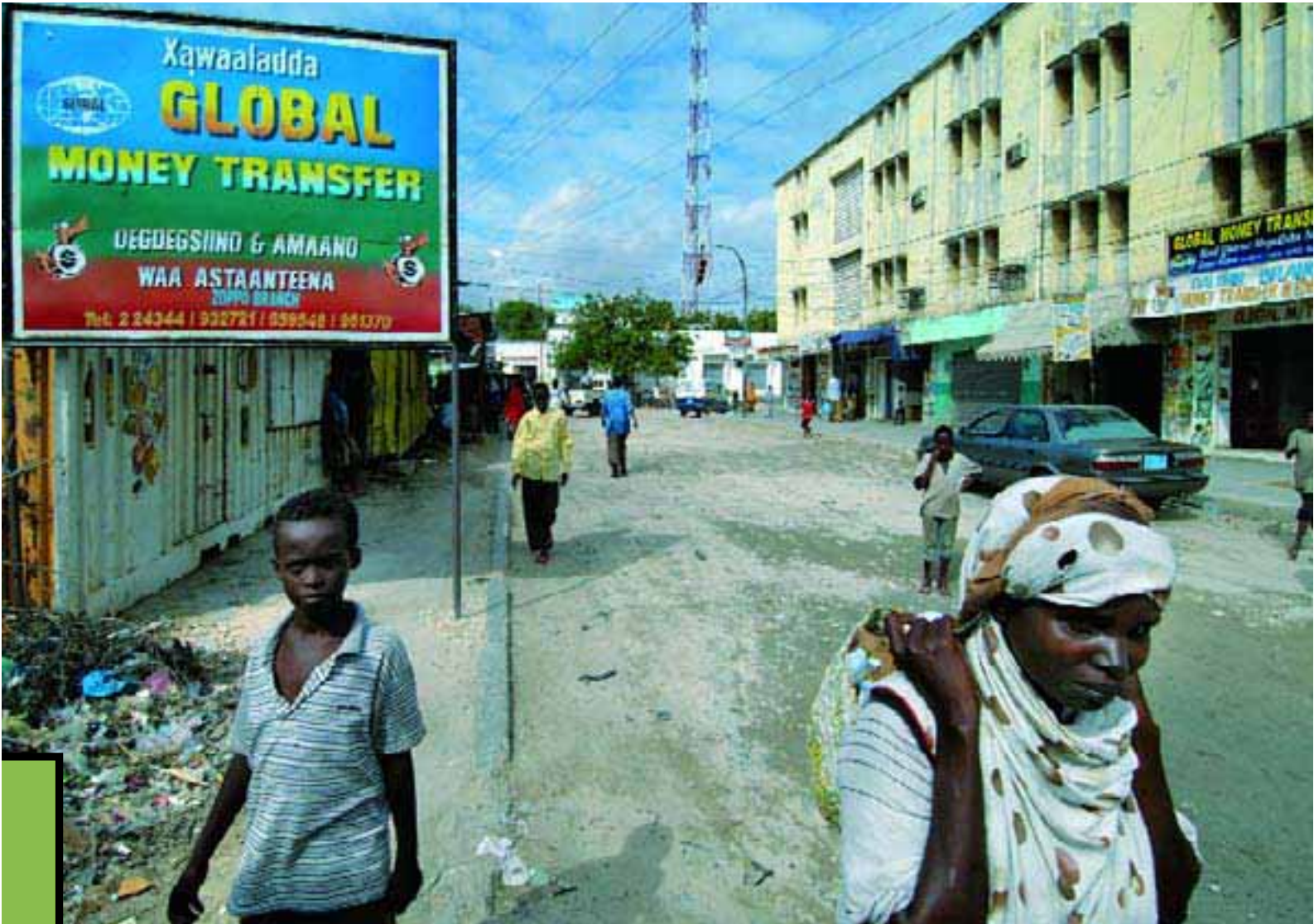
Jan Hillered, Vize-Präsident von Western Union für Deutschland, Österreich, die Schweiz und Zentraleuropa, begründet die hohen Tarife mit dem weltweiten Netz und den hohen Sicherheitsstandards, die seine Firma bietet. Diese Vorzüge, wie auch die schnelle Übermittlung – das Geld ist innert Minuten am Bestimmungsort – werden immer wieder als Grund genannt, weshalb man gerade dieses Unternehmen benutzt.

Für viele gibt es aber schlicht keine andere Möglichkeit, Geld nach Hause zu schicken. Im Jahr 2005 erzielte der Weltkonzern bei einem Gebührenerumsatz von 4,4 Milliarden USD aus 280 Millionen Transaktionen einen Gewinn von 1,3 Mil-

«Remittances» und Entwicklung

Der jüngste Weltbank-Bericht zu den Global Economic Prospects 2006 ist den Rimessen und ihrer ökonomischen Bedeutung gewidmet. Damit sind die Migrantengelder endgültig aus ihrem Schattendasein getreten. In ihrem Fazit fordert die Weltbank eine Gebührenreduktion für Kleinüberweisungen, weil dadurch die ärmsten Migranten und ihre Familien vor Ressourcenverlusten geschützt werden und gleichzeitig die Rimessen vermehrt in formelle Bahnen gelenkt werden können.

www.worldbank.org/prospects/gep2006



liarden USD. Somit verdiente der Finanzdienstleister an jeder Transaktion rund 5 USD. Ein lukratives Geschäft, zurzeit mit Wachstumsraten von weit über 10 Prozent.

Transferkosten drastisch gesenkt werden. So führte zum Beispiel ein Abkommen zwischen den USA und Mexiko dazu, dass verschiedene Banken konkurrierend ins Geschäft mit den Rimeisen eingestiegen sind – nach zwei Jahren hatte dies die Halbierung der Transferkosten zur Folge.

«Drei Dollar für einen»

Laut offiziellen Zahlen leben in den USA über 9 Millionen gebürtige Mexikanerinnen und Mexikaner – dazu kommen tausende illegaler Einwanderer. Ihre Rimeisen sind ein wichtiger Faktor für den mexikanischen Staat, der nun versucht, Migrantengelder gezielt für Entwicklungsprojekte zu gewinnen: Schliessen sich mexikanische Auswanderer zu sogenannten Hometown Associations zusammen um ein Projekt in der Heimat zu unterstützen, erhöht die mexikanische öffentliche Hand den Betrag, im besten Fall um den Faktor drei. Wie Mexiko versuchen auch andere Staaten – Geber wie Empfängerländer – private Migrantengelder in quasi-öffentliche Bahnen zu lenken und für ihre Entwicklungsziele zu gewinnen.

Markt und Moral

Bei der Überweisung von Rimeisen gehen laut Schätzungen der Weltbank durchschnittlich 10 bis 15 Prozent (bei Kleinstbeträgen bis zu 30 Prozent) des Gesamtbetrags für Gebühren weg. Diese hohen Kosten geraten zunehmend unter Beschuss. Mit einem Postulat hat der Schweizer Nationalrat Carlo Sommaruga zum Beispiel im Oktober 2005 die «übersteuerten Gebühren» kritisiert und Massnahmen zur Kostenreduktion und zur Vereinfachung von Geldüberweisungen verlangt. Alternativen gebe es, sagt Georg Felber, der die momentane Praxis als «Geschäft mit den Armen» verurteilt. Vor allem im Bereich der Mikrofinanzinstitutionen sieht er grosses Entwicklungspotenzial. Bereits heute bieten verschiedene Spar- und Kreditkooperativen ihren Mitgliedern auch Transferdienstleistungen an. Dies zum Teil in Zusammenarbeit mit Spezialisten wie Western Union oder renommierten Banken. Mit einer optimierten Nutzung und Verknüpfung bestehender Infrastrukturen, unterstützt durch technische Innovationen und eine Verbesserung der internationalen Rahmenbedingungen können

Ambivalente Wirkung

Dass die Zahlungen von Migrantinnen und Migranten für Entwicklungs- und Transitionsländer von grosser Bedeutung sind, ist unbestritten. Ihre längerfristigen Folgen für die Entwicklung eines Landes hingegen wurden bis heute kaum untersucht. Einerseits kurbeln die in der Fremde verdienten Gelder im Heimatland den Konsum an, dadurch entstehen neue Arbeitsplätze, sie ermöglichen den Zurückgebliebenen eine bessere Schulbildung, Zugang zum Gesundheitswesen... Rimeisen können aber auch negative Folgen haben und zu einer weiteren Verarmung der Ärmsten führen: Wer es nicht schafft, ein Familienmitglied in die Migration zu schicken, wird noch weiter an den Rand gedrängt. Rimeisen können zu Inflation, Bodenverteuerung und zu weiterer Abwanderung führen. «Daraus kann ein Teufelskreis entstehen», räumt Georg Felber ein, «doch die Vorteile überwiegen. Diese privaten Ströme von Entwicklungshilfe sind genau so wichtig, wie die öffentlichen Gelder.» ■

Von Krisen und Visen

«Europa ist in der Krise» – diese Formulierung, eigentlich eher eine Diagnose, höre ich immer öfter. Seit den beiden gescheiterten Referenden in Frankreich und den Niederlanden wird überall offen und laut davon gesprochen. Europa weiss nicht, wohin es sich entwickeln soll – das ist der nicht allzu optimistische Befund.

Also hat Europa beschlossen, sich vorläufig nicht mehr zu bewegen. Oder vielleicht nicht nur vorläufig. Vielleicht hat es beschlossen, sich einfach nie mehr und nirgendwohin zu bewegen. Sich abzuschotten, zu verkleinern, sich konsequent von sich selbst loszusagen.

Beispiele für dieses schildkrötenartige *sich Lossagen* brauche ich nicht zu suchen – sie finden mich von alleine. Hier nur ein paar davon: Der Vizepräsident der Europäischen Kommission Verheugen zieht öffentlich einen Schlussstrich unter die Bemühungen der Ukraine um europäische Integration: niemals. Der französische Innenminister Sarkozy fordert die radikale Begrenzung der Migration und doppelte Wachsamkeit der Polizei gegenüber «Ausländern zweiter Klasse». Der österreichische Europaabgeordnete Rack sagt im Gespräch mit österreichischen Journalisten sinngemäss: Man sei stolz darauf, eine ukrainische Beitrittsperspektive vereitelt zu haben, nachdem schon der Fehler mit der Türkei passiert sei. Dabei zeichnet sich die österreichische Methode, die Ukraine einzudämmen, nicht durch besondere Originalität aus: Offensichtlich nutzt man die Erfahrungen des deutschen «grossen Bruders» und beginnt eine eigene «Visa-Affaire» gegen «ukrainische Kriminelle und Prostituierte». Ein Plagiat, aber zweifellos effektiv. Deutschland hat sich das Copyright nicht gesichert –

warum also die Kampagne nicht wiederholen?

Die schon erwähnten Franzosen haben vorgeschlagen, die Gebühr für ein Schengenvisa empfindlich zu erhöhen (fast um das Doppelte), und gleichzeitig die Visa-Prozedur extrem zu verkomplizieren. In der Folge fordert die Europäische Kommission schon jetzt von sieben neuen Mitgliedsstaaten der EU, die Visa-Asymmetrie mit der Ukraine abzuschaffen.

Derzeit gelten nämlich bilaterale Absprachen der Ukraine mit Polen, Tschechien, der Slowakei, Ungarn, Litauen, Lettland und Estland über kostenfreie (und verhältnismässig schmerzlose) Verfahren zur Erlangung von Visen für diese Länder.

Einflussreichen Persönlichkeiten in Brüssel gefällt das ganz und gar nicht. Es stimmt ja – warum zum Teufel sollte der Ukrainer Andruchowytch den Polen Stasiuk mit einem kostenfreien Visum besuchen? Nein, er muss unbedingt bezahlen und dabei noch seine Fingerabdrücke abgeben, wie es sich gehört für einen, dem es zugefallen ist, unter lauter Prostituierten und Kriminellen geboren zu werden.

Dauernd überlege ich, warum sich alles so entwickelt und nicht anders – also schlimmstmöglich. Warum dominiert in Europa die Angst vor sich selbst, vor den eigenen Werten? Was ist eigentlich passiert? Haben die polnischen Klempner die friedliebende französische Bevölkerung terrorisiert? Die ungarischen Krankenschwestern die Gesundheit der Niederländer gefährdet? Ukrainer eine Serie von Bombenanschlägen in der Londoner U-Bahn verübt? Wer trägt nur die Schuld daran, dass die meisten meiner Mitbürger den Namen ihres Kontinents immer öfter nur mit zeitraubenden und erniedrigenden Schlangen vor den Eisenbetonmauern der Botschaften assoziieren und mit dem persönlichen, bewusst herablassenden und manchmal einfach unverschämten Auftreten der Botschaftsmitarbeiter? Ich finde keine Antwort. Vielleicht, weil ich Angst vor ihr habe. Meine Hoffnung stirbt zuletzt. ■

(Aus dem Ukrainischen)



Juri Andruchowytch, 1960 in Stanislaw in der Westukraine (230 000 Einwohner, heute Iwano-Frankiwsk) geboren, lebt als Schriftsteller in der Ukraine. Er studierte Journalistik in Lemberg und Literatur in Moskau. Sein erster Gedichtband erschien 1985. Mit seinen ersten drei Romanen «Rekreacij» (Rekreation, 1992), «Moskowiada» (Moskowiade, 1993) und «Perverzija» (Perversion, 1996) avancierte er zu einem der bedeutendsten Autoren seines Landes. Auf Deutsch erschienen sind der Roman «Zwölf Ringe» (Suhrkamp 2005) sowie die Essays «Das letzte Territorium» (Suhrkamp, 2003) und gemeinsam mit Andrzej Stasiuk «Mein Europa» (Suhrkamp, 2004). Im März dieses Jahres erhielt er den Leipziger Buchpreis zur Europäischen Verständigung 2006.



Revolution, Identität, Autonomie – Afrikas Tanz im Umbruch



Boyzie Cekwana, Salia Nĩ Seydou, Faustin Linyekula, Tché Tché, Opiyo Okach... Die Stars des zeitgenössischen afrikanischen Tanzes treten heute auf den berühmtesten Bühnen und Festivals des Westens auf. Blick zurück auf einen künstlerischen Umbruch, der eben erst stattgefunden hat und viel von sich reden macht. Von Ayoko Mensah*.

Im afrikanischen choreografischen Schaffen spielt sich zurzeit Entscheidendes ab. Seit einigen Jahren herrscht an allen Ecken und Enden des Kontinents eine nie da gewesene Aufbruchstimmung und Dynamik. Ob in Abidjan, Ouagadougou, Nairobi oder Johannesburg, überall suchen die Choreografen nach einer neuen Sprache. Ihre Produktionen sind ein Abbild des heutigen Afrikas, einer abgrundtiefen Mischung, gespiesen aus unzähligen Einflüssen; sie pflegen

eine neue Körpersprache, die hautnah den tief gründenden Wandel ihrer Identitäten ausdrückt. Wer bin ich? Nicht ein einziger afrikanischer Künstler kommt heute um diese abgründige Frage herum. Sie ist von ungeheurer Aktualität und brennender Dringlichkeit. In jedem künstlerischen Schaffen steht die ihm eigene Definition auf dem Spiel. Dies kristallisiert sich in der vollen gesellschaftlich-kulturellen Tragweite insbesondere an den aktuellen choreografischen

Ansätzen. In nur wenigen Jahren hat sich das choreografische Schaffen in Afrika völlig verändert.

Stimme der Modernität

Neben den weiterhin bestehenden folkloristischen Tanzformationen und den grossen nationalen Ballettkorps hat eine atemberaubende künstlerische Revolution stattgefunden. Vor zehn Jahren war der Begriff «zeitgenössischer Tanz» in Afrika noch weitgehend unbekannt.

Den künstlerischen Neuanfang vertraten ein paar Avantgardisten, beispielsweise die Choreografen Germaine Acogny, Souleymane Koly, Alphonse Tierou oder Irène Tassembédo, von denen die meisten nicht in Afrika leben. Heute wird das Thema unter den Künstlern leidenschaftlich diskutiert. Was ist afrikanisch zeitgenössisch? Kontinuität oder Loslösung? Soll man sich einem Erbe verschreiben oder mit der Vergangenheit radikal brechen?



Wenn diese Fragen Leidenschaft wecken, dann deshalb, weil etwas Zentrales auf dem Spiel steht: Die neue Identität der afrikanischen Choreografen. Gestern noch hatten die Künstler, die die Unabhängigkeit ihrer Staaten miterlebt hatten, das legitime Bedürfnis, ihre Identität als Schwarze zu bekräftigen. Heute ist eine neue Choreografengeneration nicht mehr bereit, sich als Gefangene einer Rasse, einer Herkunft oder eines Kontinents zu fühlen. Als Kinder der Urbanisierung des Kontinents und der Globalisierung fühlen sie sich als Weltbürger, als Künstler ebenso sehr wie als Afrikaner, und sie beanspruchen Universalität. «Ich bin Afrikaner, ich bin Künstler, aber ich bin kein afri-

kanischer Künstler», ruft der Kongolese Faustin Linyekula in Erinnerung, wenn er die Aussage des senegalesischen Bildhauers Ousmane Sow zitiert. Die gesamte neue Choreografen-Generation scheint vor der einen Herausforderung zu stehen, eine unverbrauchte Beziehung zur Modernität zum Ausdruck zu bringen, in ihrer ganzen Komplexität und in all ihren Widersprüchen.

Zerrissen in die Sackgasse

Nichts ist für die Choreografen einfach, weder auf materieller noch auf künstlerischer Ebene. Bleiben sie der traditionellen Formensprache verhaftet, kreidet man ihnen mangelnde Innovation an. Wenden sie sich

davon ab, wirft man ihnen vor, sie seien entwurzelt. Daher die Zerrissenheit vieler angesichts der Wahl zwischen zwei Wegen, die beide in eine Sackgasse zu münden scheinen.

Die Verwirrung zeigt sich immer wieder neu an den afrikanischen Choreografie-Festspielen (Rencontres chorégraphiques de l'Afrique et de l'océan Indien), einer Biennale, die 1995 vom Verein «Afrique en créations» ins Leben gerufen wurde (inzwischen ist er in die mit dem französischen Außenministerium verbundene «Association française d'action artistique» integriert). An den sechsten Festspielen im vergangenen April in Paris wurden wiederum junge, innovative Tanztruppen prämiert, was zweifellos zum

Entstehen eines neuen Tanzes in Afrika beiträgt. Allerdings hat dieser Erfolg auch eine Kehrseite. Zum einen hat der Begriff des choreografischen Schaffens in Paris eine radikal andere Bedeutung als in Accra oder Antananarivo, zum andern kann der Wettbewerb die Vielfalt schmälern, weil bestimmte Ansätze als die Besten ausgewählt werden.

Deshalb weisen viele afrikanische Choreografen und Intellektuelle auf die Gefahr hin, dass auf diese Weise die Fantasie der Künstler vereinnahmt wird. Gemässigte Stimmen sprechen von einer Kultur der Unterstützung, die geharnischten von kulturellem Neokolonialismus. Das Risiko, dass afrikanische Produktionen auf die Anforderung



rungen der Programmgestalter des Nordens zugeschnitten werden, besteht tatsächlich.

Umso mehr, als die meisten afrikanischen Choreografen im eigenen Land nur anerkannt werden, wenn sie im Ausland gut ankamen.

Hat nicht notwendigerweise Verständnis für das Verlangen nach westlicher Anerkennung, das die meisten afrikanischen Choreografen quält, wer ihre enormen Schwierigkeiten im eigenen Land kennt? Fehlende finanzielle Unterstützung, wenig Anerkennung, ein oft bedrohlicher Mangel an Ausbildungsmöglichkeiten und Plattformen ...

Trotz gewisser Schwächen kommt die neue Choreografen-Generation mit Riesenschritten voran. Sie ist frei von Minderwertigkeitskomplexen, und das technische und künstlerische Niveau steigen dank der ausser-

ordentlichen Fähigkeit der Tänzer, auswärts Gelerntes zu integrieren, unaufhaltsam an.

Gesellschaftliche Botschaft

Eigenständige Ausdrucksweisen entstehen: manche wandeln die westlichen Codes ab, andere erfinden die überlieferte Gestik neu, alle streben sie nach einer Synthese der Einflüsse, um sie besser zu überwinden. Das tänzerische Schaffen steht oft in Bezug zur afrikanischen Realität (Machtbesessenheit, Fremdenhass, Aids, Verlust des Halts, Sexismus). Es ist von einer unüberhörbaren gesellschaftlichen Botschaft beseelt, deren Notwendigkeit fast überlebenswichtig scheint. In Afrika ist und bleibt Tanz ein gesellschaftlicher Akt. Der ganze Kontinent hat tief greifende Umwälzungen erlebt, bei denen bestimmte Orientierungspunkte verloren

gingen. Der zeitgenössische Tanz ist ein machtvoller Ausdruck der Identitätskrisen, die afrikanische Gesellschaften durchmachen.

Und dieses Schaffen erweist sich als Entwicklungsfaktor, insofern es jeden Einzelnen dazu anhält, sich zu emanzipieren, sein Joch abzuwerfen, sich neu zu definieren.

Im Bewusstsein ihrer Abhängigkeit vom Westen entwickeln die Choreografen immer neue Mittel, um ihre Autonomie in Afrika zu stärken. Wer kann, initiiert ein Festival (in Bamako, Ouagadougou, Yaoundé, Dakar, Nairobi oder anderswo) oder ein Ausbildungszentrum (insbesondere in Burkina Faso, Senegal, Mali und Kongo). Das panafrikanische Choreografennetz entstand offiziell im Jahr 2004.

Seine Ziele? Koordination der Bestrebungen auf Ausbildungs- und Vertriebsstufe und Einsatz

für mehr Anerkennung für den zeitgenössischen Tanz in Afrika. Jenseits der Impulse und Einflüsse aus dem Norden scheint hier eine Dynamik am Werk, die vom Entstehen neuer kultureller Identitäten kündigt, die zugleich verwurzelt und grenzenlos sind. Deshalb ist das choreografische Schaffen gegenwärtig einer der aufregendsten künstlerischen Bereiche in Afrika – und einer der umstrittensten. ■

(Aus dem Französischen)

**Ayoko Mensah ist Chefredaktorin von «Africultures», der führenden Publikation über afrikanische Kultur, in Paris, und verantwortlich für das Ressort Tanz (siehe www.africultures.com). Sie hat 2002 ein Buch über den kongolischen Choreografen Faustin Linyekula publiziert (Editions de l'œil, Montreuil, Frankreich).*

Festival «Afrique noire»

Zum vierten Mal beschäftigt sich das Berner Schlachthaus Theater mit zeitgenössischer Kultur aus Afrika. Das Festival «Afrique noire» zeigt – mit finanzieller Unterstützung der DEZA – während zehn Tagen aktuellste Produktionen aus den Bereichen Tanz, Theater, Musik, Film und bildende Kunst. Ein starker Fokus wird dabei auf das Thema Migration gerichtet. Ein besonderes Augenmerk gilt dem Tanz. Zu sehen sein werden unter vielen anderen: Die *Compagnie 1^{er} Temps* aus Senegal – sie hat im Frühling den 1. Preis der «Rencontres chorégraphiques de l'Afrique et de l'océan Indien» in Paris gewonnen. Kettly Noël,

Gründerin des Tanzentrums L'espace in Bamako, will Verwandlungen des Körpers während des Erinnerns sichtbar machen. Der Tänzer Moeketsi Koena stammt aus Soweto, seine Arbeit fusst stark im Hiphop. Nelsiwe Xaba, ebenfalls aus Südafrika, widmet ihre neuste Arbeit Saartje Baartsmann, der sogenannten «Hottentot Venus», welche im 18. Jahrhundert in Europa als Ausstellungsobjekt herumgereicht wurde.

Festival «Afrique noire» vom 2. bis 12. November auf verschiedenen Berner Bühnen; genauere Angaben zum Programm: Tel. 031 312 96 47 oder www.schlachthaus.ch

Brückenschlag zum Balkan

(jtm) Die Jugend im Balkan steht im Zentrum des diesjährigen «Focus». Die Jahreskonferenz der Schweizer Ostzusammenarbeit findet am 3. November in Lausanne (Europlex Kino, Flon-Quartier) statt. Jugendliche im ehemaligen Jugoslawien haben keine Perspektiven und möchten möglichst rasch nach Westeuropa auswandern – so ein gängiges Klischee. Die Realität ist differenzierter. Im Balkan wächst eine neue Generation heran, die vor Ort ihre Chancen packen will und nicht den Koffer. Der «Focus» präsentiert Jugendliche aus Sarajewo, Pristina und Belgrad, die sich für ihre Visionen engagieren und dabei ethnische und mentale Barrieren überwinden. Begrüsst werden auch Jugendliche aus ex-Jugoslawien in der Schweiz, die sich teilweise ganz anderen Herausforderungen stellen müssen. Die Konferenz wagt den Brückenschlag zwischen dem Balkan und der Schweiz und gibt Einblick in innovative Projekte von DEZA und Seco in dieser Region. Sie richtet sich an alle Osteuropa-Interessierten – Jugendliche und Junggebliebene. Der Eintritt ist frei.

Jobs, Infos und vieles mehr

(bf) Am 9. September findet bereits zum siebten Mal das *forum cinfo* statt, schweizweit die einzige Messe zum Thema «Arbeiten in der internationalen Zusammenarbeit». Weit über 1000 Besucherinnen und Besucher waren es vor zwei Jahren, heuer dürften es noch mehr werden, denn Jobs in der internationalen Zusammenarbeit sind gefragt wie nie zuvor – sei es bei der UNO, beim IKRK, der DEZA oder einer Nichtregierungsorganisation. Das abwechslungsreiche Programm besteht aus Informationsständen von rund 80 Organisationen

und Institutionen, Referaten, Erfahrungsberichten sowie Videopräsentationen einiger Organisationen. Das Thema des diesjährigen Rahmenprogramms: Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten im Hinblick auf eine berufliche Tätigkeit in der internationalen Zusammenarbeit.

Forum cinfo am 9. September von 10 bis 16 Uhr im Kongresshaus Biel, keine Voranmeldung; weitere Informationen unter www.cinfo.ch

«Menschliche Sicherheit»

Lehrmittel

(bf) Seit dem Ende des Kalten Krieges muss auch das traditionelle Verständnis von «Sicherheit» neu überdacht werden: Nicht mehr die Sicherheit des einzelnen Staates, sondern die Sorge um die Zivilbevölkerung rückt ins Zentrum. «Menschliche Sicherheit» versteht sich als Konzept, das den Schutz einzelner Menschen und besonders verletzlicher Gruppen zum Ziel hat und dabei sicherheitspolitische, wie auch entwicklungs-, friedens- und menschenrechtspolitische Aspekte vereinigt. Die Stiftung Bildung und Entwicklung (SBE) hat im Auftrag der Politischen Abteilung IV des EDA ein Lehrmittel über «menschliche Sicherheit» produziert. Es dient dem Unterricht auf Sekundarstufe II und behandelt unter anderem Themen wie zivile Konfliktbearbeitung, Personenminen, Folter oder Menschenhandel. Jedes der sieben Themen-Module ist eingeteilt in Lernziele, Haupttext, Bilder, Links sowie Lernanregungen. Die Schüler können die Fragen selbständig vor dem Bildschirm bearbeiten. Lehrpersonen erhalten in einer speziellen Rubrik Anleitungen und Anregungen für den Unterricht. «Menschliche Sicherheit», herunterzuladen in deutsch, französisch und italienisch über www.menschlichesicherheit.ch

**Albträume in Sierra Leone**

(dg) Die Fachstelle «Filme für eine Welt» präsentiert neu eine DVD mit zwei Filmen der Schweizerin Alice Schmid. «Ich habe getötet» bringt uns das Schicksal von fünf ehemaligen Kindersoldaten aus Liberias Bürgerkrieg näher. Sie erzählen von ihrem verpfuschten Leben und schlaflosen Nächten mit Albträumen.

Eingerahmt werden die Schilderungen durch die Radiostation Talking Drum Studios. Jugendliche Mitarbeitende dieser Station in Sierra Leone haben bei der Konzeption und Realisierung des Films «Soll ich bleiben oder gehen?» mitgewirkt, der fünf Jahre später entstanden ist. Das Filmteam folgt dem ehemaligen Kindersoldaten und heutigen Jugendreporter Steven Swankay und seiner Kollegin Janet Khan. Sie interviewen für eine Radiosendung Menschen in einer Gesellschaft zwischen Aufbruch und Stagnation. Das Resultat ist eine lebendige, erfrischende Reportage zum brisanten Thema Emigration. Beide Filme entstanden dank Unterstützung der DEZA (die auch die freie Radiostation Talking Drum Studios mitfinanziert) und wurden mit diversen Preisen ausgezeichnet.

«Ich habe getötet» / «Soll ich bleiben oder gehen?» von Alice Schmid, CH/Liberia/Sierra Leone 1999/2005, je 26 Min.; Fassungen in E,D,F, ab 16/14 Jahren; Verleih/Verkauf: Bildung und Entwicklung, Tel. 031 389 20 21, verkauf@globaleducation.ch;

Service

Preis: Schulen/Lehrpersonen
Fr. 40, Medienstellen (mit
externer Ausleihe) Fr. 70;
Infos: www.filmeeinewelt.ch,
Tel. 031 398 20 88

Bezaubernde Leichtigkeit

(er) Seine Musiker-Laufbahn begann er schon mit 13 Jahren – entdeckt und gefördert durch den kürzlich verstorbenen «Bluesman of Africa», Ali Farka Touré. Aber anders als bei seinem Mentor ist der «Mali-Blues» des 51-jährigen Afel Bocoum erdig-afrikanisch und ohne grossen Elektrokram unverfälscht LoFi-charmant.



Er treibt mit einfachrepetitiven Melodienbögen und hypnotisch-schleppenden Rhythmen wie der Niger-Strom dahin. Im fließend-wogenden Klangteppich – kriert von E- und Akustik-Gitarren, darunter die zweisaitige Njurkle, von Bass und Kalebasse – betonen mal helle Flötentöne, dann die wehmütig-klagende Klangfarbe der kleinen einsaitigen Violine Njarka die bezaubernde Leichtigkeit der Lieder von Afel Bocoum. Der Barde, dessen Wurzeln in den westafrikanischen Volksstämmen Songhai und Peulh liegen, singt mit seiner elektrisierend-hohen, leicht-nasalen und eindringlichen Stimme – oft im Call-and-Response mit seinem Ensemble Alkibar – über Gott und die Welt.

Afel Bocoum & Alkibar: «Niger» (Contre-Jour/RecRec)



Update zum Comeback

(er) Hier der 65-jährige, legendäre Pianist und Arrangeur, der mit seinem jazzigen Bossa Nova- und Samba-Songs wie «Desafinado» in den 1960er und 70er Jahren weltweit die Charts einnahm. Dort der 31-jährige amerikanische Multiinstrumentalist, Rapper und Mastermind der Kult-Hiphop-Band The Black Eyed Peas, der auf dem besten Weg zur Popmusik-Legende ist. Nun ging William James Adams jr. alias will.i.am mit seinem brasilianischen Idol Sergio Mendes ins Tonstudio, zur Aufnahme von dessen Album. Die Studioklinke in die Hand gab sich überdies ein Who is Who aus R&B und Hiphop. Das Resultat der 15 eingespielten Tracks ist eine beeindruckende Gratwanderung zum Update der klassischen Ohrwürmer aus Mendes' Brasilian Songbook durch US-urbane Lyrics, Vocals, Electric Sounds und Instrumental Phrases. Es ist zudem ein zeitgenössisches Comeback der Piano-Staccatos von Sergio Mendes, ein Hör- und Tanz-Vergnügen ohne Verfallsdatum und klingt wie einst nach Strand, Sex und Glamour. Sergio Mendes: «Timeless» (Concord/Universal)

Lieder voller Intensität

(er) Ätherisch und ästhetisch, spröde und kristallklar, aussergewöhnlich und magisch ist sie. Und sie berührt, die Stimme der Sängerin Yungchen Lhamo, die mit ihrem anmutig-tragenden

Gesang die spirituell-meditative Kraft des tibetischen Buddhismus in die Ohren strömen lässt. Vor 17 Jahren floh sie als 23-jährige zu Fuss von Lhasa über den Himalaya nach Indien und lebt nun in New York. Auf ihrem vierten Album «Ama» (Mutter) ist Heimweh spürbar. Zu hören sind lyrisch-be-schwörende Fürbitten für Tibet und den Dalai Lama, ein spielerisch-treibendes Liebeslied und zum Schock des 9/11 in N.Y. eine traurig-ergreifende Gebets-hymne. Ein faszinierendes Dankeslied für die Aufnahme im Exil ist das Duett mit Anni Lennox. Die Intensität der Lieder von Yungchen Lhamo, deren Namen «Göttin der Melodie und des Gesangs» bedeutet, verstärkt die dezente Instrumentierung u. a. mit ostasiatischen Saiteninstrumenten aber auch mit National Steel Guitar, Cello, Violine, Bratsche und afrikanischer Kora, mit Trompete oder Bambusflöte. Yungchen Lhamo: «Ama» (Real World/EMI)

Apartheid aus Mädchen-Sicht

(bf) Die 1975 in Südafrika geborene Karlien de Villiers erzählt in ihrem ersten Comic «Meine Mutter war eine schöne Frau» aus der Sicht eines weissen Mädchens von ihrer Kindheit und Jugend im Südafrika am Ende der Apartheid. Mit einer schlichten, suggestiven Bildsprache zeichnet sie das Portrait



einer auseinander brechenden Familie innerhalb einer Gesellschaft, deren Alltag durch unmenschliche Rassengesetze und eine geradezu diktatorische Repression (auch gegen die weisse Minderheit) geprägt war. Ihr inhaltlich komplexes Unterfangen setzt de Villiers in einem einfachen, aber wirkungsvollen Stil um und stellt ihre bewusst einfach gehaltenen und abstrahierten Figuren in detailreiche Kulisse. Gewisse politische und kulturelle Eigenheiten der südafrikanischen Gesellschaft erläutert sie in kurzen Fussnoten. Trotz des nüchternen Blicks ist die Geschichte nicht frei von Anteilnahme und ironisch gebrochener Nostalgie.

«Meine Mutter war eine schöne Frau» von Karlien de Villiers; Arrache Coeur, Zürich 2006

Brüsseler Fakten

(bf) Seit Jahren ist er geplant, nun liegt er vor, der EU-Geberatlas 2006. Knapp ein Fünftel von Schwedens Entwicklungsgeldern fliesst in multilaterale Töpfe. Ein grosser Teil von Spaniens Hilfe ist nach wie vor gebunden. Die europäische Kommission investiert 43 Prozent ihrer Entwicklungsgelder in Länder südlich der Sahara und Litauens Hilfe geht über Osteuropa und Zentralasien hinaus – bis nach Afghanistan. Es sind Informationen dieser Art, die der neue Geberatlas liefert. Er konzentriert das Wirken von 26 nationalen Entwicklungsagenturen (25 Mitgliedstaaten und die Europäische Kommission) in Grafiken und Statistiken zwischen zwei Buchdeckeln – übersichtlich, informativ!

Informationen unter:

http://ec.europa.eu/comm/development/body/publications/docs/eu_donor_atlas_2006.pdf



Einer der ganz Grossen

(bf) Werner Bischof war einer der herausragenden Fotografen des 20. Jahrhunderts. Der 1916 in Zürich geborene gilt als ein Klassiker der Schwarzweiss-Fotografie. Als er nach dem Zweiten Weltkrieg das verwüstete Europa bereisen konnte, schilderten seine Bilder mit beklemmender Eindringlichkeit das Leid und die Zerstörungswut des Krieges. Berühmt wurde er Anfang der 1950er Jahre mit seinen Photoreportagen: Über eine Hungersnot in Indien, den Krieg in Korea und Indochina, den Mittleren Osten. 1954 stürzte er, nur gerade 38jährig, in den peruanischen Anden einen Abhang hinunter und verunfallte tödlich. Der neue Bildband «WernerBischof Bilder», Hg von Marco Bischof, Simon Maurer, Peter Zimmermann; Benteli Verlag 2006

«WernerBischof Bilder», Hg von Marco Bischof, Simon Maurer, Peter Zimmermann; Benteli Verlag 2006

Abenteuer Kolonisation

(jls) Die Erfindung der Fotografie hat das Bild, das man sich im Westen von exotischen Landstrichen machte, verändert. Gegen 1850 brachten Missionare, Offiziere der Kolonialherrscher und Händler die ersten Negative aus Afrika und Asien in ihr Mutterland. «Die Fotografie ist ein Protokoll, sie legt ein unwiderlegbares Zeugnis ab, das viel weiter geht als eine Zeichnung», bemerkt Charles-Henri Favrod in «Le temps des colonies». Der Waadtländer Schriftsteller und Journalist hat aus seiner Kollektion knapp 200 Fotografien und Postkarten publiziert, die zwischen Mitte des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts entstanden. Die Bilder zeichnen das Leben der Einheimischen und die verheerenden Folgen der Kolonisation nach. Dabei entsteht ein ganzes Panorama: von Kolonialherren in ihren Sänften über chinesische Opiumhöhlen, einen jungen algerischen Schuhputzer, Fetischtanz in Dakar bis hin zu Zwangsarbeitern in Ketten und zu einer Hinrichtung mit dem Fallbeil auf einem Platz von Saigon.



Charles-Henri Favrod: «Le temps des colonies»; Editions Favre, Lausanne, 2005

Eine Stadt aus Stein im Rampenlicht

(jls) Im Duft der Gewürze, 40 Kilometer vor der afrikanischen Küste, liegt die Insel Sansibar im Indischen Ozean. Einst war sie die weltweit wichtigste Nelkenproduzentin und eine rege benutzte Handelsdrehscheibe – nicht zuletzt im Sklavenhandel. Der Waadtländer Fotograf Régis Colombo hat diesem lang gezogenen Flecken Erde und seinen Bewohnern ein Album gewidmet. Kristallklare Lagunen und



tropische Bäume soweit das Auge reicht, machen den Zauber von Sansibar aus, genauso wie die Architektur, die von einer reichen und stürmischen Vergangenheit zeugt. Der Fotograf war so lange in den engen Gassen von Stone Town unterwegs, bis er die bunten Fassaden, die Passanten, Geschäfte und kunstvoll verzierten Holztüren im richtigen Licht erwischte. Er streifte den Küsten nach und beobachtete dabei die Dauen, kleine Kähne

mit einem einzigen Segel, die auch heute noch für Fischfang und Gütertransport benutzt werden.

Régis Colombo: «Zanzibar», Texte von Jean-Blaise Besençon; Editions Favre, Lausanne, 2005

EDA-Spezialisten kommen zu Ihnen

Möchten Sie sich aus erster Hand über die schweizerische Aussenpolitik informieren? Referentinnen und Referenten des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) stehen Schulklassen, Verbänden und Institutionen für Vorträge und Diskussionen zu zahlreichen aussenpolitischen Themen zur Verfügung. Der Vortragsdienst ist kostenlos, kann seine Dienstleistungen jedoch nur innerhalb der Schweiz anbieten, und es sollten mindestens 30 Personen an der Veranstaltung teilnehmen.

Weitere Informationen:

Vortragsservice EDA,
Informationsdienst, Bundeshaus West, 3003 Bern;
Tél. 031 322 31 53
oder 031 322 35 80;
Fax 031 324 90 47/48;
E-Mail: info@eda.admin.ch

Verschiedenes

Impressum

«Eine Welt» erscheint viermal jährlich in deutscher, französischer und italienischer Sprache.

Herausgeberin

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten (EDA)

Redaktionskomitee

Harry Sivec (verantwortlich)
Catherine Vuffray (vuc - Gesamtkoordination)
Barbara Affolter (abb) Joachim Ahrens (ahj)

Thomas Jenatsch (itm) Jean-Philippe Jutzi (juj)
Antonella Simonetti (sia) Andreas Staufer (sfx)
Beat Felber (bf)

Redaktion

Beat Felber (bf - Produktion)
Gabriela Neuhaus (gn) Maria Roselli (mr)
Jane-Lise Schneeberger (jls)
Ernst Rieben (er)

Gestaltung Laurent Cocchi, Lausanne

Lithografie Mermod SA, Lausanne

Druck Vogt-Schild Druck AG, Derendingen

Wiedergabe

Der Nachdruck von Artikeln ist, nach Bewilligung durch die Redaktion, unter Quellenangabe gestattet. Belegexemplare erwünscht.

Abonnemente

«Eine Welt» ist gratis (nur in der Schweiz) erhältlich bei: DEZA, Medien und Kommunikation, 3003 Bern
Tel. 031 322 44 12 Fax 031 324 13 48
E-Mail: info@deza.admin.ch
Internet: www.deza.admin.ch

860148187

Der Umwelt zuliebe gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier

Gesamtauflage 58'500

Umschlag Rumänien, Jan Banning / laif

ISSN 1661-1667

In der nächsten Nummer:

Seitdem eines der Millennium-Entwicklungsziele die Umwelt als Inhalt hat, kommt Bewegung in die Umwelt-Thematik. Ein Dossier über neue Trends, Ansätze und konkrete Erfahrungen.



Nigel Dickinson / Still Pictures